

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Jede Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“.

Die jedwefelhens Honorarbestelle oder deren Raum kostet 15.— Mk., einschließlich Unterdruckz. Kleine Anzeigen: Das Letztgedruckte Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Unterdruckz.

Berlin-Sprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Nochmals die Einigungsfrage

Es ist offenbar Raumangel, der die Redaktion der „Freiheit“ bisher verhindert hat, zu der ausführlichen Charakterisierung der U.S.P. das Wort zu ergreifen, die ich in der Nummer des „Sozialist“ vom 27. Mai veröffentlichte und die jetzt auch im Separatabzug zu haben ist unter dem Titel: „Mein Verhältnis zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“.

Die „Freiheit“ begnügt sich damit, das Stückchen aus dem Artikel zu besprechen, das der „Vorwärts“ abgedruckt hat. Aber auch dem weiß sie im Grunde nichts anderes entgegenzusetzen, als ein großes Fragezeichen. Sie kann sich absolut nicht vorstellen, wie Anhänger und Gegner der Koalitionspolitik in einer Partei zusammen wirken können. Sie bedauert, daß ich darüber „leider kein Wort sage“, und fordert dann komischerweise nicht mich, sondern den „Vorwärts“ auf, zu sagen, was ich hätte sagen sollen.

Ich hoffe, die „Freiheit“ wird mir gestatten, daß ich Ihre Frage selbst beantworte. Ich werde sehr kurz sein können, denn ich brauche mich dabei nicht auf tiefgründige theoretische Erörterungen einzulassen, sondern bloß auf die allgemeine Praxis aller großen geeinigten sozialistischen Parteien hinzuweisen. Sie alle zählten Anhänger wie Gegner der Koalitionspolitik in ihren Reihen und bringen trotzdem das Kunststück fertig, den „gemeinsamen Parteiboden“ zu bewahren, den die „Freiheit“ fordert. Das Rätsel löst sich durch die alte Parteipraxis der Freiheit in der Diskussion und der Einheit in der Aktion.

Wenn der jetzigen Redaktion der „Freiheit“ das völlig unbekannte Ding sein sollten, dann erkundige sie sich doch wenigstens bei unseren Freunden in Wien, die als einheitlicher Körper in eine Koalition hineingingen — ja, so etwas Schreckliches hat sich in der Partei ereignet, der die Führung der Wiener Arbeitsgemeinschaft zugefallen ist! — und die als einheitlicher Körper aus der Koalition herausgingen, obwohl gegen den einen wie gegen den anderen Schritt lebhaftes Bedenken in der Partei bestanden, natürlich nicht bei den gleichen Genossen.

Weiß das die jetzige Redaktion der „Freiheit“ noch nicht oder ignoriert sie es bloß? Das eine wie das andere erscheint mir nicht als ausreichender Grund, sich der Einigung zu widersetzen.

Die „Freiheit“ fragt, was denn diejenigen der jetzigen Mitglieder der U.S.P., die der Koalition widerstreben, in der geeinigten Partei sollten?

„Sollen sie die Aufgabe der Koalitionspolitik erzwingen?“

In der geeinigten Partei wird keine Frage eifriger diskutiert werden, als die der Koalitionspolitik, denn so verkehrt es ist, jede Koalition von vornherein grundsätzlich abzulehnen, so wäre es noch weit verkehrter, sie grundsätzlich zu suchen. Die Koalition ist ein Uebel, das man nur in einer Zwangslage auf sich nimmt, wenn es kein anderes Mittel gibt, um einem noch größeren Uebel zu entgehen. Eine sozialistische Partei, die sich zu einer Koalitionspolitik entschließt, hat stets die politische Situation und die Bedingungen der Koalition aufs sorgsamste zu prüfen, ehe sie den gefährlichen Schritt wagt, und sie muß auch nach vollzogener Koalition immer wieder untersuchen, ob diese den Zwecken des kämpfenden Proletariats noch dienlich ist.

Darüber wird es stets Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen geben und die bisherigen U.S.P.-Mitglieder werden da in der geeinigten Partei ihren Standpunkt ebenso vertreten können, wie jetzt, mit dem Vorbehalt, daß sie nun nicht bloß zu dem engeren Kreis der heutigen U.S.P., sondern zu der großen Gesamtpartei werden sprechen können. Und ebensowenig wie heute werden sie durch einen eventuellen Beschluß zugunsten der Koalition genötigt werden, persönlich in die Regierung einzutreten, wenn sie Bedenken dagegen haben. Erweisen sich ihre Argumente als durchschlagend, dann werden sie das Aufgeben der Koalitionspolitik durch die Macht der Mehrheit erzwingen.

Eines wird allerdings durch die Einigung unmöglich gemacht: die Politik der Zweiseitigkeit. Jene Politik, die gleichzeitig die Räteidioten anstrebt und die demokratische Republik verflucht, die das Koalitionsmünisterium in der Volksversammlung als den Feind bezeichnet, der zu vernichten ist, und es im Reichstag vor dem drohenden Sturze rettet.

Diese Politik, die von Inkonsequenz zu Inkonsequenz stolpert, kennzeichnet schon seit geraumer Zeit unsere Parteitätigkeit. Den Boden, dem sie entspricht,

Hungerterror und Gesetzesfabotage

Geheimanweisungen der Agrarier gegen die Getreideumlage

Die Agrarier legen die Hand an die Gurgel des deutschen Volkes. Sie lehnen sich dagegen auf, daß ihr schamloser Lebensmittelmacher für das neue Erntejahr durch die Beibehaltung des Umlageverfahrens eine geringfügige Einschränkung erfahren soll. Sie organisieren die Sabotage des Umlagegesetzes und verhängen den rückwärtslosesten Hungerterror über das ganze Volk. „Die Minister können uns sonst was!“ Dieses Wort des Junkers v. Eldenburg-Jannschau seien sie in die Tat um gegen den neuen Ernährungsminister Fehr, trotzdem er ihren Kreisen entstammt. Sie boykottieren ihre eigenen Berufsgenossen, die sich ihrem Terror nicht fügen wollen. Ein günstiger Wind hat uns den dokumentarischen Beweis für das neueste agrarische Verbrechen am Volke noch kurz vor Redaktionsschluss zugetragen. Hier ist er:

Richtlinien gegen eine neue Umlage

Sämtliche Vertrauensleute der Ortsgruppen der organisierten Landwirtschaft verpflichten sich, für den Fall, daß der neue Entwurf über die Getreideumlage Gesetz werden sollte, sich mit ihrer ganzen Person für die Durchführung folgender Maßnahmen innerhalb ihres Einflusses einzusetzen:

1. Es sind keinerlei Angaben über Umbauflächen zu machen.
2. Kein organisierter Landwirt wirkt bei irgendwelchen Ernteschätzungen mit.
3. Alle einer Organisation angeschlossenen Landwirte, die gegen Punkt 1 und 2 verstoßen, sind aus der Organisation auszuschließen und scharf zu boykottieren.
4. Ohne Zustimmung der Organisation darf kein Mitglied auch nur ein Pfund Getreide oder Kartoffeln abliefern.
5. Die organisierten Landwirte verpflichten sich, falls gesetzliche Maßnahmen zur zwangsweisen Ablieferung getroffen werden, ihr Getreide nur nach den Weisungen ihrer Organisation auszubereiten und in den Handel zu bringen, und zwar durch die Genossenschaften und solche Mühlen und Händler, die den Weisungen der Organisation nachkommen, damit auf diese Weise die landwirtschaftliche Organisation die Belieferung

der Bevölkerung von sich aus rechtzeitig und ordnungsmäßig durchführen kann.

6. Der Tätigkeit von Drückkommandos ist durch vorherige Entfernung wichtiger Bestandteile aus den Dreschmaschinen entgegenzuwirken. Alle vom Zwangsandruck nicht betroffenen Betriebe verpflichten sich, für diesen Fall die in Mitteilenshaft gezogenen organisierten Berufsgenossen mit dem notwendigen Getreide zu versehen.
7. In allen übrigen Fällen muß bei einmütigem Zusammenstehen aller organisierten Betriebsinhaber durch passive Haltung das Verfehlen der im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen zur Erzwingung der Ablieferungspflicht herbeigeführt werden; dies gilt insbesondere für die Erntekraften, die nicht abgeführt werden dürfen.
8. Die nicht organisierten Landwirte sind durch moralische und wirtschaftliche Druckmittel zu veranlassen, sich den Maßnahmen der Organisation anzuschließen.
9. Sämtliche organisierten Landwirte verpflichten sich, bei Durchführung von staatlichen Maßnahmen gegen Einzelmitglider für den dem Einzelnen daraus erwachsenden Schaden solidarisch zu haften.
10. Für den Fall, daß die Regierung die Umlage fallen läßt, verpflichten sich die organisierten Landwirte nach den Weisungen ihrer Organisation ihr Getreide dezentrales dem Handel zuzuführen, daß die Versorgung der Bevölkerung von der neuen Ernte ab dauernd gesichert ist.
11. Für die Durchführung aller Maßnahmen gegen die Umlage wird für jede Ortsgruppe ein Ausschuss gebildet, ebenso ein besonderer Ausschuss für jeden Bezirk. Den Weisungen dieser Ausschüsse haben alle organisierten Landwirte unbedingt Folge zu leisten.

Diese „Richtlinien“ der agrarischen Räuberbande sollten das ganze werktätige Volk Deutschlands zusammenschweißen zu einem Abwehrblock der Hungerleider, der endlich gesetzgeberische Maßnahmen erzwingt, um dem Hungerterror ein Ende zu machen. Was sagt die Regierung zu dem schamlosen und verbrecherischen Vorgehen der Agrarier? Wird sie sofort die Initiative ergreifen, die Gesetzesfabotage zur Verantwortung zu ziehen oder will sie erst warten, bis der Volkszorn sie dazu zwingt?

bezeichnet man in den leitenden Parteikreisen als den „Mutterboden des proletarischen Klassenkampfes“.

Noch auf dem letzten Leipziger Parteitag erklärte Dittmann, die Mehrheitssozialisten hätten diesen Boden verlassen, auf dem allein sich die proletarische Einigung vollziehen dürfe. Die „Freiheit“ hält mir diesen Passus entgegen und meint, ihm stehhafte Wucht dadurch zu verleihen, daß sie ihn fett druckt.

Der Satz hat allerdings tiefen Eindruck auf mich gemacht, aber in anderer Weise, als die „Freiheit“ meint. Er besagt nämlich deutlich, daß die leitenden Kreise der U.S.P. jede andere Art der proletarischen Einigung ablehnen als die, daß die Gesamtheit des kämpfenden Proletariats die von ihnen akzeptierte Politik des Klassenkampfes als die einzig richtige anerkennt. Das heißt aber, daß sie praktisch die Einigung unmöglich machen.

Was auf dem Leipziger Parteitag festgelegt wurde, das war die Beschränktheit der Sektienpartei, die in schroffem Widerspruch steht zur Organisation des Proletariats als Klassenpartei, die bereits das kommunistische Manifest forderte. Dieser Geist der Sektiererei, der die U.S.P. derzeit beherrscht, er ist es, der die Einigung und damit die Kräftigung des Proletariats hindert und seinen Vormarsch hemmt. Es gibt keinen schlimmeren Feind des proletarischen Klassenkampfes, als jenes selbstgerechte Sektierertum. Ich werde nicht müde werden, es zu brandmarken und die Parteigenossen dagegen aufzurufen.

Die „Freiheit“ erwidert mir höhnisch, ich werde damit wenig Anklang finden. Möglich, daß diejenigen meiner Genossen, die bereits auf meinem Standpunkt stehen, sich durch Gründe höherer Staatsweisheit davon abhalten lassen, sich offen für meine Auffassung zu erklären. Für mich kann das nicht bestimmend sein. Ich habe das, was ich für richtig hielt, stets ausgesprochen, ohne zu fragen, ob ich damit Anklang fand. Als ich vor vier Jahren anfing, den Bolschewismus

anzugreifen, stand ich in meiner Partei allein da. Heute pfeifen das, was ich damals sagte, selbst die unabhängigen Späßen von den Dächern.

Ich hoffe, binnen kurzem wird das ganze deutsche Proletariat die Notwendigkeit begriffen haben, sich in einer großen, machtvollen Massenpartei zusammenzuschließen, die nur dann zustande kommen kann, wenn sie Raum hat für verschiedene Auffassungen darüber, wie der Klassenkampf am besten zu führen sei. Wenn dann das geeinigte Proletariat sich aus seiner augenblicklichen Schwäche erhebt und von neuem seinen Siegesmarsch antritt, wird es über die heutigen Saboteure der Einigung dieselbe Meinung haben, die zurzeit auch die radikalsten Genossen der U.S.P. über die Bolschewiki bekunden: daß sie Verderber waren des Proletariats.

2. Juni 1922.

Karl Kautsky.

So ausfallend und verlegend Kautsky auch polemisiert, wir werden ihm ruhig und sachlich antworten. Wir können das in dem Bewußtsein, daß die Partei auf ihrem letzten Parteitag zur Einigungsfrage klar Stellung genommen hat und die Partei zu 99 Prozent auf diesem Boden steht.

Kautsky meint, daß die Partei, der er angehört, die Einigung aus Sektiererei nicht wolle. Deshalb müsse er sie einigungstreu machen. Und nun — eifert er gegen die eigene Partei. Das ist bei ihm nichts Neues. Das tat er auch in seinem „Offenen Brief“ vom 25. März, den er im Zentralorgan einer anderen Partei, im „Vorwärts“, an unsere Parteizentrale veröffentlichte, und der dieselben Vorwürfe enthält, wie sein neuester Artikel. Damals schrieb selbst die alte Redaktion der „Freiheit“:

„Unsere Genossen, die jetzt den Inhalt des Offenen Briefes erfahren, werden mit uns der Meinung sein, daß der Schritt Kautskys außerordentlich bedenklich ist. Die Vorwürfe, die gegen die Zentralleitung der Partei erhoben werden, sind ungerecht und durch die wirklichen Verhältnisse nicht begründet. Dazu sind sie in einer

Beile formuliert, wie sie unter Paricigenossen sonst nicht üblich ist. Nalich ist es, die Unabhängige Sozialdemokratie für die Fortdauer der Spaltung verantwortlich zu machen. Kautsky geht ganz an der Tatsache vorüber, daß das hauptsächlichste Hindernis für die Wiedervereinigung des Proletariats die Politik der rechtssozialistischen Partei ist, und daß für die Schwächung des deutschen Proletariats die Partei verantwortlich zu machen ist, die trotz aller schlimmen Erfahrungen der letzten Jahre diese Politik fortsetzt.

Diese Zurückweisung schrieb die alte Redaktion der „Freiheit“ nach Ausbruch ihres Konflikts mit den Parteinstanzen, als sie sich bereits zum Rücktritt bereit erklärt hatte. Auf seinen heutigen Artikel könnte sie im Wesentlichen nur dasselbe antworten, denn Kautsky wiederholt in ihm lediglich seine alten Vorwürfe. Wir beschränken uns darauf, diese Tatsache festzustellen und Kautsky auf die Kernfrage der Einigung hinzuweisen, die er ständig ignoriert. Wer die U.S.P. einigungsreich machen will, rennt offene Türen ein. Niemand in ihr sträubt sich gegen die Einigung. Kautsky redet, als läge die Einigung schon hinter uns, als wäre bereits eine einzige Partei da. Das Problem ist ja aber, wie die Einigung zustandekommen soll, solange die eine Partei in der Regierung sitzt und gemeinsam mit kapitalistischen Parteien Politik treibt und die andere Partei in Opposition steht und dieselbe Regierung bekämpft. Darüber aber schweigt Kautsky beharrlich. Er wagt nicht, zu sagen, die U.S.P. müsse mit in die Regierungskoalition eintreten, um so eine einheitliche politische Basis für beide Parteien herzustellen, beide zu Regierungsparteien zu machen. Er wagt aber auch nicht, von der S.P.D. den Austritt aus der Koalition zu fordern, um auf diese Weise den einheitlichen Kampfboden herzustellen, beide Parteien in der Opposition zusammenzuführen.

Die gemeinsame Plattform ist die Vorbedingung für die praktische Einigung in Deutschland und alle Hinweise auf ausländische Parteien und frühere Einigungen in Deutschland treffen neben das Ziel. Die fraglichen ausländischen Parteien sind noch ein einseitiger Parteikörper, und bei früheren Einigungen in Deutschland standen beide Teile in der Opposition, also auf gemeinsamem Boden. Kautsky sage also Klipp und Klar, was werden soll, wenn morgen die Einigung da ist. Soll dann die ganze Partei Koalitionspolitik treiben, also S.P.D. sein oder soll sie geschlossen in Opposition treten, also U.S.P.D. sein. Die eine Partei muß doch zunächst auf den Boden der anderen treten. Das ist der Punkt, auf den es ankommt. Was später wird, darüber mag in der einheitlichen Partei diskutiert und beschlossen werden können, vorausgesetzt, daß die Meinungs-freiheit nicht so gehandhabt wird wie im Kriege von Oberst und Genossen, als überall im Lande die oppositionellsten Redakteure abgesetzt wurden. Kautsky aus der „Neuen Zeit“, Zetkin aus der „Gleichheit“, Ströbel aus dem „Vorwärts“, Haase, Bieg und Wengels aus dem Parteivorstand hinausgedrängt wurden. Also bitte, lieber Genosse Kautsky: Lassen Sie Ihre Vorwürfe beiseite und machen Sie praktische Vorschläge für die Einigung!

Stinnes über die Anleihe

Stinnes ist mit dem Gang der Anleiheverhandlungen gar nicht zufrieden. Ihm behagt es offenbar nicht, daß er nicht mitbestimmen und mitentscheiden kann, wie die Anleihe gestaltet werden soll. In Essen hat er in einer Rede vor Vertretern der nordwestdeutschen Industrieinteressen eine Rede gehalten, in der er seinem bedrängten Dasein Luft macht. Vor ihm sprach der Geheimrat Bähler, der die internationale Verschuldung begrüßte, „da sie die Umstellung auf ein wirtschaftliches Gleichgewicht und den Ausgleich der Bilanzen der Volkswirtschaft verzögere.“ Im weiteren vermagte er, daß die Reparationsfrage aus den Händen der Reparationskommission herausgenommen werde, sie könne nur durch das internationale Kapital, durch führende Wirtschaftler der ganzen Welt, nicht aber durch die Finanzminister beteiligter oder übermäßig verschuldeter Staaten gelöst werden. Auch dürfe die Anleihe nicht aus der Substanz verzinst und getilgt werden, ebenso nicht aus den direkten Erträgen der Wirtschaft, sondern nur aus solchen Wirtschaftserträgen, die dem Zugriff des Staates unterliegen.

Stinnes fährt aus, wenn Deutschland zahlen sollte, müsse es produzieren und ausführen können. Die Bevölkerung müsse die Empfindung haben, „jezt hat es einen Zweck zu arbeiten“. Soll das heißen: Stinnes und seine Gefolgschaften wollen noch größere Profite machen? Aber nein!, denn Stinnes fährt ja fort:

„Und wer glaubt wohl hier, daß die deutsche Arbeiterschaft, die ja viel mehr arbeiten muß, wenn sie nur leben will, darüber hinaus noch erheblich mehr arbeiten wird, wenn man ihr in Aussicht stellt, daß sie an 30 Jahre lang ein Fronleben führen soll, indem man denkt, aus der Differenz im Lebensstandard ein ganzes Menschenalter hinaus ihr die Gelder abzuhöpfen zu können, die an anderen Stellen verbraucht werden? Das sind Zumutungen, die mit der menschlichen Natur nicht im Einklang stehen.“

Das ist Stinnes' Theorie. Seine Praxis ist anders. Wir haben erst vor kurzem darauf hingewiesen, welche erbärmlichen Löhne seinen Angestellten gezahlt werden. Auch dies sind „Zumutungen, die mit der menschlichen Natur nicht im Einklang stehen.“

Nach diesen Darlegungen schüttet Stinnes sein bedenkenvolles Herz zur Anleihefrage aus. Durch eine „Atempause-Anleihe“ werde die Inflation nicht abgestellt.

„Eine kurzfristige Anleihe, die sogenannte Atempause-anleihe, würde mutmaßlich die Mark auf einem Stadium zu stabilisieren suchen, und vielleicht vorübergehend stabilisieren können. Es sei aber die Frage, ob es zuträglich für unsere Wirtschaft ist. Denn die Stabilisierung kann nur erfolgen, wenn sie den jeweiligen Verhältnissen entspricht, nämlich, daß die Deutschen fortwährend können, ungehindert auf Partien mit dem Auslande auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, denn wir sind heute teilweise schon über dem Auslandspreis.“

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß, wenn die Stabilisierung der Mark erfolgt, sehr bald der Staat dazu übergehen muß, wenn er überhaupt eine geordnete Wirtschaft betreiben will, die Schulden der öffentlichen Hand in eine stabilisierte Währung, d. h. in eine Goldwährung umzuwandeln, was auch wieder voraussetzt, daß eine geordnete Finanzwirtschaft bei uns einleitet. Das ist undenkbar, so lange man insbesondere Zwangsnoten hat und eine wirtschaftliche Politik betreibt, welche unsere staatlichen und staatlichen Unternehmungen mit außerordentlichen Ver-

lusten arbeiten läßt, und die ferner dazu sorgt, daß wir ein Heer von unproduktiven Menschen, von Drohnen haben, die uns bevormunden und in unserer Gesamtwirtschaft und Aus- und Einfuhr und auch im Innern nur hindernd entgegenstehen und aus einer Welt des Ueberflusses noch glauben verteilen zu müssen, während jeder so viel haben könnte, wie er nur wollte, wenn in dieser Beziehung nur eingetiffen würde.

Die Staatsschulden auf Goldwährung bringen — sie verzinsen sich besser und sind kurzfristiger — Aufhebung des Mietzinsgesetzes, Privatisierung der staatlichen und staatlichen Betriebe, das ist's, wonach dem Stinnes der Gaumen steht. Wenn er schließlich der Auffassung Ausdruck gab, daß man „nicht damit anfangen könne, die großen Arbeiterkämpfe durchzuführen, indem man die Löhne herabsetzt, ohne überhaupt zu exportieren“, so entspringt das nicht so sehr volkswirtschaftlicher als machtpolitischer Einsicht. Diese wurde sicher auch durch die letzten Metallarbeiterkämpfe nicht unwesentlich geschärft.

Zum Schluß meinte Stinnes: „Wir könnten aus diesen Anleiheverhandlungen unendlich viel Gutes bekommen, wenn die Geldgeber dafür sorgen, daß die Dinge in Europa so gehalten werden, daß wirklich gute Unterlagen durch die Anleihe für die europäische Wirtschaft geschaffen werden. Wir können aber durch eine kleine provisorische Anleihe in noch viel größerem Glanz gebracht werden, als wir es jetzt schon haben. Ich muß betonen, wie ich es an anderer Stelle schon getan habe, daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt wird, für geringer halte; denn den Franzosen würde dann gezeigt werden, daß sie damit nichts erreichen, als daß sie bei erhöhten Unkosten noch weniger bekommen. Man darf also nur endgültige Lösungen treffen, und wir müssen zeigen, daß die Unachtsamkeit mit unerträglichen Mitteln endlich einmal aufhören muß.“

Stinnes geht wieder einmal auf's Ganze. Es ist aber nicht echt volksparteiliche Politik gewesen, durch brüskes Auftreten haben, den Chauvinisten drüben, Wasser auf die Räder zu treiben.

Die Hezke geht weiter

Wie wenig Proteste und Worte die deutschen Nationalen Treibereien gegen die Republik und ihre Vertreter aufzuhalten vermögen, das beweist klar die Rechtspreffe. So leistet sich der berüchtigte „Miesbacher Anzeiger“ folgendes:

„Aber so wahr, als wir heute unter der Frucht seiner Besonnenheit, des Exzellenzen Eohn schwachen, so wahr kommt auch die Zeit, wo wir sie aufhängen werden, alle die Judenzellen und die Regierungsspeichellecker mit dem Sowjetkern unter Rabelbruch, wo wir sie aufhängen an dem nächsten Galgen — bildlich gesprochen. Herr Judenzellen am Kurfürstendam, aufhängen neben der schwarzhadredigen Reichsflagge, die zur Schmach Wankens noch immer oder neuerdings wieder am Bahnhof flodder.“

Und die christlich-äthentische Marzenbrüder-Zeitung bringt mit der Anzahl: Treudeutsch sei die Forderung, einen Bericht vom Bundestag des deutschnationalen Jugendbundes in Frankfurt a. O., in dem es u. a. heißt:

Am Sonntag nachmittag erließen der Bundesvorsitzende Erh. v. Trotha; er nahm die Weihe der Röhnen des Bundesverbandes und dreier Ortsgruppen vor. In seiner Ansprache legte er der deutschen Jugend die Bedeutung der Röhne als Symbol der unverbrüchlichen Treue ans Herz: nur schwarz-weißrot seien für die vaterländisch gesinnten Deutschen die Farben der Treue bis zum Tode. Mit klaren Worten wies er seinem Bunde und seiner Gefolgschaft Weg und Ziel, das uns zu bewahrt vaterländischem Denken und Handeln über Parteien und Klassen erziehen soll: Niks Baierland, für den Kaiser und für schwarz-weißrot. Ueber 1500 Bundesmitglieder sangen das Deutschlandlied als ein Bekenntnis der deutschen Jugend zu Heimat und Vaterland.

Wäre der Bund in seiner Gefolgschaft einstens dem Vaterland und seiner Recht zum Voh verheßen und möge der Geist lebendig bleiben, der ihn führt und beherrscht, der Geist der Pflichterfüllung, der Geist des Volkes zu nationaler Arbeit und der Geist der Tat!

Rechtlich lautet ein Bericht über die Diktandenlegung des „Deutschen Schutzbundes“. Bei „Deutschland, Deutschland über alles...“ wurde ein Abstimmungsdenkmal errichtet, bei welcher Gelegenheit Reichspräsident Graf Vaudslissa ausführte: Alles für die deutsche Sache: Gut und Blut und wenn es sein muß, auch das Leben!

Das alles geschieht in jener demokratischen Republik, in denselben Tagen, in denen derartige Feiern jene Mordatmosphäre schaffen, deren Scheidemann zum Opfer fallen sollte!

Zum Schluß sei noch mitgeteilt, daß dieselbe „Deutsche Tageszeitung“, die vorgestern von einem „Mord mit der Kistlerpflanze“ schrieb, sich gestern folgendes leistete:

Wir würden uns nicht einmal wundern, wenn es sich um ein regelrechtes Spieglunternehmen gehandelt haben sollte; man ist ja im neuen Deutschland nachgerade allerschand gewöhnt.

Ueberdies ist der Artikel: Wer im Glashause sitzt...

Und die „Kreuzzeitung“ besitzt folgende Geschwadsloshkeit:

„Auch läßt er sich interviewen, bealäwünscht vom Reichspräsidenten und von dem eiserntigen Reichsan, den also anscheinend besondere Beziehungen mit dem Hochverräter vom 9. November verknüpfen. Herr Scheidemann wird also wieder zur großen politischen Nummer. Glück muß der Reich haben!“

Die „Kreuzzeitung“ hat wahrlich noch mehr Glück gehabt, daß sie unbedenklich wieder ihre Ueberfahrt: Mit Gott für König und Vaterland, an ihren Kopf setzen konnte. Aber Glück und Glas, wie leicht bricht das!

Was der „Vorwärts“ weiß

Der „Vorwärts“ bringt einen Artikel „Das Totschweigesystem“, in dem er sich darüber aufregt, daß wir uns erst von ihm zwingen lassen, unsern Lesern tröpfchenweise mitzuteilen, was in unserer eigenen Partei vorgehe. Ausgerechnet der „Vorwärts“ gegen das „Totschweigesystem“! — Dabei schweigt er systematisch jede Opposition in seiner eigenen Partei tot, wie sein völliges Ignorieren der tagtäglichen Kritik der „Chemnitzer Volkstimme“ und der „Frankfurter Volkstimme“ an der rechtssozialistischen Koalitionspolitik beweist. Außerordentlich interessant ist eine Behauptung, die dem „Vorwärts“ in dem Artikel entküpft, wenn er sagt:

„Wie wir wissen, ist Kautsky und der ganze rechte Parteiflügel längst der Ueberzeugung, daß die Einigungsbe-

lange nicht mit dem Totschweigesystem gedrohen wird. In dem wir dieses Totschweigesystem bekämpfen, leisten wir den Einigungsbeziehungen jede Unterstützung, die unter den gegebenen Umständen überhaupt möglich ist.“

Das ist ein wertvolles Eingeständnis, denn was der „Vorwärts“ hier behauptet, ist ein Einvernehmen zwischen ihm und dem ganzen rechten Parteiflügel der U.S.P.D. Der „rechte Flügel“ soll fortgesetzt Parteibesprechungen in der U.S.P. vom Saune brechen und der „Vorwärts“ sekundiert ihm dabei. Diese gemeinsame Ministerarbeit in und an der U.S.P. soll die Partei sturmeis machen für die S.P.D. Dieser saubere Plan stimmt überein mit manderlei Mitteilungen, die uns gemacht worden sind, denen wir aber bisher Zweifel entgegengebracht hatten. Die U.S.P. wird sich aber der Zellenbildung der S.P.D. so gut zu erwehren wissen, wie sie sich der gleichen Erscheinung von kommunistischer Seite erwehrt hat.

Der Erzbergermord vor dem Schwurgericht

Offenburg (Baden), den 7. Juni

Das Volksgericht begann heute die am etwa zehnjährige Dauer vorzesehene Verhandlung der Anklage gegen Manfred v. Killinger aus Lindig, Kapitänleutnant a. D., zuletzt in München wohnhaft. Er ist beschuldigt, den wegen der Ermordung Mathias Erzbergers verurteilten Freunden Schulz und Tilleßen wesentlich Beihilfe geleistet zu haben, indem er ihnen schon vor Begehen des planmäßig vorbereiteten Verbrechens die Anklage der Hilfe zur Entziehung ihrer Verurteilung machte und das Versprechen durch die Tat erfüllte. (Vergehen gegen §§ 257, 211, 47, 49 des StGB.)

Da die Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord den Tatbestand dieses Verbrechens voraussetzt, die desselben beschuldigten Personen aber nicht ergriffen sind, entrollt die Anklage und das Verfahren vor dem Schwurgericht den ganzen Inhalt der abgeschlossenen Voruntersuchung gegen Schulz und Tilleßen. Die Staatsanwaltschaft Offenburg will den untrüglichen Beweis für die volle Schuld der beiden nach Ungarn geschickten, dort aufgeparkten und seit dem Dezember staatlichen Schutz geniehenden Mitverschworbenen des Bundes vor der Defensivität darlegen.

Nach dem Eröffnungsbeschluss ist die Beihilfe des Killinger dadurch gegeben, daß dieser den Schulz und Tilleßen nach vollbrachter Tat gestattete, zwei Koffer in seiner Wohnung zu verbergen und später am 9. September die angeordnete Verhaftung dadurch vereitelte, daß v. Killinger seinen Freund Schulz aus der Wohnung mittels Auto forschaffte und sich dem Flüchtling zum Empfang von Briefen unter Pseudonym zur Verfügung stellte.

Als dritte Anklage läuft parallel der Geheimbundprozeß gegen Killinger und seine Reichswürgergenossenschaft von der Abteilung B der Organisation Erhardt, in der Herr v. Killinger als Chef des Nachrichtenbüros der Verbandsleitung der Reichswürger aller Gruppen zu befragen hatte. Dem Korvettenkapitän war der Pseudonym „Conni“ beigelegt und deshalb erhielt die geheime Verbindung die Bezeichnung „Organisation C“. Um den politischen gegenrevolutionären Zweck der Reichswürger abzuklären, ist mit dem Sitz in München, Franzwölfler, 8, eine G. m. b. H. eingetragen worden als „Bayerische Solvayverwertungsgesellschaft“. Nach der Einleitung der Verfolgung gegen Schulz und Tilleßen erging von dieser „Solafirma Killinger“ an die Bezirksleiter der Geheimorganisation ein Befehl zur Unterlassung der Zutrittserlaubnis an Killingers Adresse. Am 2. September gelang es, die ganze Organisation C zu enttarnen. Indessen ist es dem Angeklagten v. Killinger und seinem Verteidiger Dr. Rieck (Offenburg) gelungen, einen Einspruch gegen die Verhandlung des Geheimbundprozesses in Offenburg durchzusetzen, und den Gerichtsstand für diese Verhandlung in das Dorado der Reichswürger, nach München, zu verlegen. Es wird deshalb die in Offenburg stattfindende Schwurgerichtsverhandlung gegen den schon über acht Monate in Untersuchungshaft befindlichen Killinger, auch in die Ehrhardt-Verhandlung so gründlich hineinleiten, daß vor dem Tribunal der Welt ein sicheres Urteil über diese bayerische Protektion gefällt werden kann, was später das Urteil eines untrüglichen Gerichtes ausfallen wie es mag, wenn überhaupt die Justiz einmal zu einer Entscheidung kommen sollte.

Es sind mehrere Sachverständige und an die hundert Zeugen geladen darunter der Reichstaatsdoygeordnete Diep-Ronkhan, der neben Erzberger von den Angeln der Mörder getroffen wurde.

Zu dem Prozeß sind besondere Absperzungsmassnahmen getroffen. Sowohl das Gelängnis, in dem Killinger untergebracht ist, als auch das Landgerichtsgebäude und der Schwurgerichtssaal sind von starken Gendarmereibestimmungen gesichert. Den Gerichtsbehörden war zur Kunde gekommen, daß Pläne geschmiedet wurden, Killinger gewaltsam zu befreien. In einer Versammlung in Elberfeld war die Bestreitung in aller Form beschlossen worden. Einer der Teilnehmer der Elberfelder Versammlung, ein Mann, der zu der Zeit, als Killinger die Sturmkompanie der Marinebrigade Ehrhardt führte, Ursache bei ihm war, erludete den Untersuchungsrichter um eine Unterredung mit dem Angeklagten. Sie wurde ihm gewährt. Er steht in dem Verdachte, Verbindungen mit verdächtigen Personen gesucht zu haben. Es war noch eine zweite Person fast ständig bei ihm. Beide lebten flott. In angetrunkenem Zustande erklärte der „Bursche“, von einem Deutsch-Engländer seien 75.000 Mark für die Beilegung Killingers ausgeworfen worden. Später bezeichnete er diese Erklärung als Renommisterei.

Die Verhandlungen führt Landgerichtsdirektor Grosbedling. Im Gericht sitzen außerdem die Oberamtsrichter Herth und Steuer. Die Anklage führen die Staatsanwälte Bürger und Schnitler.

Um 9 Uhr wurde Killinger zur Vernehmung in den Verhandlungssaal geführt. Er ist 1886 in Lindig in Sachsen geboren und verheiratet, zweimal wegen verbotenen Waffentragens bestraft. Killinger sagt aus, daß er einer der wenigen Secossillare ist, die nach Scapa Flow gingen und später wieder zurückkehrten. Schließlich trat er in die Marinebrigade Ehrhardt ein, wo er eine Unteroffizierskompanie von 80 bis 100 Mann befehligte. Mit der Marinebrigade hat er im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in Berlin und in Charlottenburg gehaut. Während der Kapptage kam er mit der Sturmkompanie nach Berlin und besetzte das Reichswehrministerium. Hierbei war der Mörder Schulz schon in seiner Kompanie. Später schloß sich auch Tilleßen, der aus englischer Gefangenschaft zurückkam, ihr an. 1920 trat Killinger aus der Brigade Ehrhardt au-

Der tschechoslowakische Vertret. In Prag wurde im Ministerium des Reichern der provisorische Vertretung amtsch der Tschechoslowakischen Republik und Sowjetrußland unterzeichnet, der in Gema nach Beendigung der Konferenz vereinbart und paratiert worden war.

Die Revolution in Paraguay gewinnt an Umfang. Die Anständlichen haben die Stadt Asuncion umzingelt.

Faule Ausreden

Dem „Vorwärts“ hat es unsere Notiz über die Rolle seiner Parteigenossen im Max-Kabinett angetan. Er schreibt: „Die Partei, und mit ihr Scheidemann, hat während des Kriegs und nach der Waffenstillstandsbitte der D.D. tatsächlich an nichts anderem als an die Rettung des deutschen Volkes gedacht. Ob dabei die Hohenzollern auf dem Thron sitzen blieben, oder ob sie herunterfielen, war ihr zunächst ziemlich gleichgültig.“ — Und im Anschluss daran leistet sich der „Vorwärts“ noch folgende Geschmackslosigkeit: „Sie (die SPD.) hat zugleich dafür gesorgt, daß die Dolchstoß-Lüge eine Lüge blieb, was der „Freiheit“ heute auch ganz angenehm ist.“

Gibt der „Vorwärts“ schon selbst zu, daß seiner Partei die Frage: Republik oder Monarchie „ziemlich gleichgültig war“, so möchten wir noch bemerken, daß wir weniger Scheidemann, sondern Eduard David als Kronzeugen für unsere Auffassung anführen. Weber diesen Retter der Monarchie aber schweigt der „Vorwärts“. Wir bezweifeln das von seinem Standpunkt aus nur allzu sehr.

Im übrigen entbehrt es nicht eines gewissen Reizes, daß ausgerechnet die Rechtssozialisten sich heute als die wahren Vertreter und Verteidiger der Republik aufspielen, obwohl sie ihnen noch im November 1918 „ziemlich gleichgültig war.“

Endlich!

Wie die „Tosfische Jg.“ mitteilt, hat die Reichsregierung endlich der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mitgeteilt, daß sie sich nicht mehr an den Vertrag gebunden fühlt, nach welchem die „D. A. Z.“ offizielles Regierungsorgan ist, weil sie „unter Verletzung des bestehenden Vertrages die Politik der Regierung weder innen- noch außenpolitisch mehr unterstützt.“

Bekanntlich ist der jetzige Chefredakteur der „D. A. Z.“ der Sozialdemokrat Prof. Reusch.

Protest der Kasseler Arbeiter

Kassel, 7. Juni.

Das hiesige Gewerkschaftskartell hatte die Arbeiterschaft Kassels aufgerufen, heute mittag von 12 bis 1 Uhr in allen hiesigen Betrieben als Protest gegen das auf Oberbürgermeister Scheidemann verübte Verbrechen die Arbeit ruhen zu lassen, jedoch in den Betrieben zu verbleiben. Diesem Aufruf hatte die Arbeiterschaft aller Betriebe, auch der städtischen Werke, vollzählig Folge geleistet. Im Straßenbild trat diese Arbeitshilfe besonders dadurch in die Erscheinung, daß mit dem Glockenschlage 12 in der ganzen Stadt sämtliche Straßenbahnen stehen blieben. Um 1 Uhr wurde der Betrieb wieder aufgenommen.

Um 4 Uhr fand auf dem Friedrichsplatz eine vom Gewerkschaftskartell einberufene Protestversammlung statt, bei der Redner der sozialistischen Parteien sprachen.

Nach den Reden zogen die Massen im Zug nach dem Rathaus, wo Scheidemann von der Freitreppe herab sprach. Er sagte, nach dem was wir jetzt erleben, müsse man die Frage erheben, ob man nicht in manchen Dingen den reaktionären Burischen Handschellen anlegen sollte. Diese Anschläge auf Personen wie auf mich, sind an sich gleichgültig, sie sind aber in Wirklichkeit gegen die Republik gerichtet. — Ich kann nicht schildern, wie die Republik gefährdet ist, denn sie ist gefährdet, weil die Arbeiterklasse nicht geschlossen dasteht. Die Arbeiterschaft findet sich erst immer dann zusammen zur Abwehr, wenn ein Unglück geschehen ist, so beim Kappputsch.“ Der Oberbürgermeister schloß: „Ich bin überzeugt, daß jeder einzelne einsehen lernen muß, daß wir die Einigkeit brauchen, und erfreulicherweise sind wir uns wenigstens in dem einen Punkte einig, daß die Republik — koste es, was es wolle — geschützt und gesichert werden muß. Deshalb wollen wir hier das Gelöbniß ablegen, bis zum letzten Atemzuge für die Erhaltung der deutschen Republik zu kämpfen. Wir wollen das Gelöbniß ablegen mit den Worten: „Es lebe die Republik!“

Die Antwort der Reparationskommission

Paris, 7. Juni.

Wie der Vertreter des B. L. V. in Paris erfährt, hat der internationale Anleiheauschuß in seiner heutigen Nachmittagsitzung Kenntnis von der Entscheidung der Reparationskommission über die erweiterten Befugnisse des Ausschusses genommen. Der Anleiheauschuß wird morgen nachmittag wieder zusammentreten, um zu der Entscheidung Stellung zu nehmen und besonders die Frage zu erörtern, was geschehen soll, da der Beschluß der Reparationskommission nicht einstimmig gefaßt worden ist.

Frankreich steht allein

Paris, 7. Juni.

Der „Le Temps“ will wissen, daß die Reparationskommission mit drei gegen eine Stimme — Großbritannien, Italien und Belgien gegen Frankreich — dem internationalen Anleiheauschuß den Auftrag erteilt habe, seinen Arbeitsplan zu erweitern, d. h. zu bestimmen, daß die Mitglieder des Ausschusses in keiner Weise behindert werden sollen, ihre Ansichten über die Bedingungen einer internationalen deutschen Anleihe auszusprechen. In einem Protokoll seien die Erklärungen der vier Mitglieder sowie die Erklärung des amerikanischen Delegierten vorzuden niedergelegt worden. Die Entscheidung sei dem internationalen Anleiheauschuß, der um 3 1/2 Uhr nachmittags seine Sitzung begonnen habe, offiziell mitgeteilt worden.

Gegen die Herabsetzung der deutschen Schuld

(Savad.) Paris, 7. Juni

Die Reparationskommission hat heute vormittag 11 Uhr eine Sitzung abgehalten, in deren Verlauf sie sich mit den Antworten beschäftigte, die auf die Fragen des Ausschusses für die deutsche internationale Anleihe zu geben sind. Nach Schluß dieser Sitzung wurde der Presse feierlich Mitteilung gemacht.

Obgleich sich die Reparationskommission geweigert hat, irgendeine hierauf bezügliche Mitteilung zu machen, verkündet doch, daß der französische Vertreter Louis Dubois seine frühere Stellungnahme aufrechterhalten und sich geweigert

Wo bleibt die Tat?

Dem „Vorwärts“, der sich sonst so gern als der eigentliche Vertreter und Verteidiger der demokratischen Republik aufspielt, scheint der feige Mordversuch an Scheidemann so in die Glieder gefahren zu sein, daß er sich sogar im Kampfe gegen die Deutschnationalen und ihre Nordgesellen von der bürgerlichen demokratischen Presse beschämen lassen muß. Hatte er es gestern wenigstens noch fertiggebracht, die Republik hochleben zu lassen, so beschränkt er sich heute lediglich auf eine Polemik gegen die Rechtspresse. Auf unsere Forderung, nun endlich ein wirklich ernsthaftes Gesetz zum Schutze der Republik zu schaffen, wie es unsere Fraktion bereits nach dem Erzberger-Mord im Entwurf verlangt hatte, geht das sozialdemokratische Blatt überhaupt nicht ein. Dafür legt es seine Angriffe gegen unsere Partei in der Einigungsfrage fort. Es wäre unseres Erachtens der Einigung des Proletariats viel mehr gedient, wenn man zunächst erst einmal in der praktischen Politik die Voraussetzung für eine wirkliche Einigung schaffen würde.

Freilich, wir verstehen die Zurückhaltung des „Vorwärts“ im Kampfe gegen die nationalistische Mordhege nur allzu gut. Man kann auf die Dauer nicht bei solchen Anlässen sich in Worten revolutionär gebärden, um nachher wieder alles beim alten zu lassen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit den Rechtssozialisten ihre früheren Äußerungen anlässlich nationalistic Mordtaten ins Gedächtnis zurücksprechen. So schrieb der „Vorwärts“ beim Erzberger-Mord:

„Die Arbeiterklasse wird im Auge behalten, daß diese Mordtaten erwachsen sind auf dem Boden der von den gesamt (!) Rechtsparteien betriebenen Agitation... Wegen dieser Parteien, die wohl öffentlich den Mörder verleugnen, aber gerne seine Dolche arbeiten lassen, wird sich der Kampf der Arbeiterschaft richten, der schonungslos die erbitterteste Kampf... Erst wenn jenes ganze Geschmeiß von Monofelsträgern, Witschstudenten und Hakenkreuzlern mit dem Revolver in der Hosentasche und Gurraschreibern von der politischen Arena hinweggefegt ist, erst dann wird die Lust in Deutschland moralisch geringst sein.“

Die „Sozialistische Korrespondenz“ des Herrn Hellmann schrieb damals in einem Artikel: „Gefahr im Verzuge“:

„Deutschland ist blutbesudelt. Das ganze Ausland ist entsetzt über die Tatsache, daß die Gegenrevolution in Deutschland seit Jahr und Tag ungehört mordet. Blut- und schmutzbesudelt steht heute Deutschland vor der Welt da. Mit dieser Schmach muß ausgeräumt werden... Die sozialdemokratischen Arbeiter... warten mit Spannung darauf, was nun geschehen soll. Die sozialdemokratischen Arbeiter erwarten, daß endlich von ihren Führern unbarmerherzig durchgegriffen wird.“

Und schließlich wollen wir noch anführen, was der jetzige preussische Ministerpräsident Braun am 28. August 1921 im „Vorwärts“ schrieb:

„Starke Worte, Beschuldigungen und Proteste sind hier nutzlos. Dazu ist die chauvinistisch-putschistische Verleumdung bereits zu weit vorgeschritten. Hier kann nur die Tat helfen, nur durch brutale Rücksichtslosigkeit kann das Unheil in seinem Lauf noch aufgehalten, Deutschland vor einem blutigen Bürgerkrieg bewahrt werden.“

Wir müssen daher kläglich haben, ob die bürgerlichen Mittelparteien zu dieser Tat bereit sind. Und selbst muß diese Klarheit geschaffen werden, denn die Sozialdemokra-

hat, einem Antrag, der unter Umständen dem Bankierauschuß gestatten würde, eine Herabsetzung der deutschen Schuld ins Auge zu fassen, sich anzuschließen

Uebersunden im Bergbau

Essen, 7. Juni.

Heute fanden hier Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern im Bergbau und den Arbeitern über die Uebersunden- und Lohnfrage statt, von denen eine Einigung erhofft wird, da im Mai allein etwa 600 000 bis 700 000 Tonnen englischer Kohle eingeführt worden sind, die durch eine Stunde täglicher Uebersund im Ruhrgebiet gefördert werden könnten, und die Arbeiterführer in den Vorbereitungen Neigung zur Einigung gezeigt haben.

Gegen weitere Kohlenpreiserhöhungen

Essen, 7. Juni.

Reichskohlenkommissar Geheimrat Brecht führte nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung auf der Eberfelder Tagung des Eisen- und Stahlwaren-Industrieverbandes aus, bei dem gegenwärtigen Valutastand könne eine weitere Kohlenpreiserhöhung nicht vorgenommen werden; auch könne man im Augenblick an der Kohlensteuer als einer wesentlichen Einnahmequelle des Reiches nicht rütteln.

Türkengreuel in Anatolien

(D.N.) Athen, 7. Juni.

In der weiteren Parlamentsdebatte über die Griechenmassaker in Anatolien legte der Minister des Äußeren dem Hause eine umfangreiche Liste der zerstörten, in Brand gesteckten oder geplünderten Ortschaften vor. Nach einer summarischen Statistik ist die Zahl der hingschlachteten christlichen Bevölkerung in den Bezirken Amassia, Hissar, Trapezunt, Chaldia, Rhodopolis und Kolonia auf 403 228 Personen zu veranschlagen. Wie aus Smyrna gemeldet wird, berichtete der Militärgouverneur Solia, daß aus Geronda fünf Griechen entkommen seien, die schänderhafte Einzeltaten über neue türkische Greuelthaten zu berichten wüßten. Danach sei die gesamte dortige Bevölkerung von den Kemalisten in das Innere des Landes, wahrscheinlich nach Muangha, deportiert worden. Die Unglücklichen seien unterwegs niedergemetzelt worden. Einige Frauen und Kinder habe man ohne Lebensmittel in Häuser eingesperrt, wo sie dem sicheren Hungerode entgegensehen. Andere Frauen seien gezwungen worden, vor den türkischen Gendarmen zu tanzen, man habe Frauen, Mädchen und auch Knaben in ungeheurer Weise geschändet. Nach Zeugnissen durchaus glaubwürdiger Personen aus Trapezunt dauern dort die Griechenverfolgungen fort. Die Ortschaft Ibero, der Sitz des Metropolitens von Rhodopolis, ist von Soldaten und irregulären Banden umzingelt worden. Die eingeschlossene Bevölkerung leidet schwer unter dem Hunger. In derselben Gegend sind Plünderungen, Raubzügen

liche Partei kann nicht eine Stunde länger die Mitverantwortung tragen für eine Politik, die den Totengräbern der Republik und der Demokratie einen Freibrief gewährt und die Verteidiger der Republik den deutschnationalen Staatsanwälten und Mordhegeln als Freiwild ausliefert... Die Fortwahrheit muß ein Ende haben.“

Das waren Worte von berufenen Führern der Sozialdemokratie in jenen Tagen, als die Arbeiterschaft dem nationalistischen Klüngel auf den Leib rückte. Leider blieb es bei diesen Worten. Anstatt zu den Worten zu stehen, und sie zur Tat werden zu lassen, zog man nach Görlich und beschloß, mit einer derselben Rechtsparteien ein Regierungsbündnis einzugehen, von der man einige Wochen früher behauptete, daß ihre Agitation den Boden für die nationalistische Mordtaten vorbereite!

Es mag den Rechtssozialisten unangenehm sein, heute an diese Dinge erinnert zu werden und doch muß es geschehen, weil das Regierungsbündnis mit der Deutschen Volkspartei die Rechtssozialisten an Händen und Füßen fesselte, so daß, wie Otto Braun es ausdrückt, einfach in der bisherigen Weise fortgewerkelt wurde.

Politische Morde gegen Anhänger der Linksparteien sind wahrlich keine Seltenheit mehr in der deutschen Republik. Man kann sich deshalb auch nicht wundern, daß der Mordversuch an Scheidemann bei weitem nicht mehr jenen Widerhall bei der Arbeiterklasse gefunden hat, wie etwa nach dem Erzberger- oder Gareis-Mord. Diese Tatsache wird die Nationalisten anfeueren, ihr verbrecherisches Spiel weiterzutreiben, und der „Vorwärts“ mit seiner Haltung unterstützt noch direkt diese Entwicklung.

Sollte es nicht endlich an der Zeit sein, jene Vorschläge zum Gesetz zu erheben, die unsere Partei bereits im September vorigen Jahres im Reichstag gemacht hat? Bei der Aussprache über die Erzberger-Märe und über den Entwurf unserer Fraktion hat damals der Abgeordnete Scheidemann dem Sinne nach folgende Ausführungen gemacht:

„Eine Abwehr kann nicht ausbleiben, es fragt sich bloß, ob sie in geschickter oder ungeschickter Weise geleitet wird. Dennoch war es Pflicht der Regierung, diese Abwehr selbst in die Hand zu nehmen.“

Scheidemann forderte dann die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr und die Reform der Justiz. Unseren Gesehentwurf wollte er dem Reichsausschuß überwiesen wissen, wo seine Partei noch Verbesserungsanträge (!!) stellen wollte.

Unser Gesehentwurf fiel unter den Tisch, und an seiner Stelle wurde ein Regierungsentwurf eingebracht. Dieses Gesetz wird für die Nationalisten nicht mehr als eine Vogel-schenke für die Eifer bedeuten. Sie werden sich den Teufel um das Gesetz schenken in der Gewißheit, daß ihnen damit die Republik nicht anhaben kann.

Wenn endlich werden nach alledem auch die Rechtssozialisten zu ihren Worten stehen und einsehen, daß „Worte und Proteste“ die Monarchisten nicht mehr schrecken, sondern daß „brutale Rücksichtslosigkeit“ hier allein helfen kann? Wann endlich werden sie ihre weitere Mitwirkung an der Regierung von Bedingungen abhängig machen, die eine ernsthafte Bekämpfung der monarchistischen Hege und Verbrecher an der Republik gewährleisten?

tigungen und Niederbrennungen ganzer Ortschaften seit 14 Tagen an der Tagesordnung. 15 Dörfer sind dort vollständig zerstört. Von einer Bevölkerung von 5000 Personen haben nur wenige Frauen und Kinder dem Schicksal der Hinordnung entgehen können. Die Mönche des Klosters Peristereota maktien den Truppen und Banditen alle Kostbarkeiten des Klosters ausliefern. In Dievizi wurden sieben Griechen enthaupet und ihre Köpfe mehrere Tage auf Stangen zur Schau gestellt. In Platana bei Trapezunt wurden die schönsten griechischen Häuser in Brand gesteckt und zahlreiche Griechen getötet.

Internationale Bergarbeiter-Konferenz

Paris, 7. Juni.

Das Komitee der Internationale der Bergarbeiter ist auf den 20. Juni nach Paris einberufen worden, um den internationalen Kongreß der Bergarbeiter, der am 7. August in Frankfurt eröffnet werden soll, vorzubereiten.

Botschafterkonferenz und Oberschlesien

Paris, 7. Juni. (Savad.)

Die heute vormittag am Quay d'Orsay abgehaltene Botschafterkonferenz hat die letzten Beschlüsse festgelegt, die der interaktierten Kommission für Oberschlesien übermittelt werden sollen. Sie beziehen sich auf die Räumung der Abstammungszone nach Uebergabe der Verwaltung an die neuen Behörden.

Wie die „Dema“ an zuständiger Stelle erfährt, sind die Verhandlungen über das ober-schlesische Räumungsabkommen immer noch nicht zum Abschluß gebracht worden. Der deutsche Bevollmächtigte, Gesandter Dr. Eckardt, kommt morgen zwecks Rücksprache in dieser Angelegenheit mit den maßgebenden Stellen nach Berlin.

Der Bürgerkrieg in Irland

London, 7. Juni.

Im Bürgerkrieg in Irland ist keine Milderung eingetreten. Die irischen Republikaner halten die besetzte Stellung bei Belfast noch besetzt. Etliche Tausend Sinnfeiner sollen herangezogen werden. Das englische Militär plant einen Angriff auf die Stellung, um sich ihrer zu bemächtigen.

Am Donnerstag wird Lloyd George nach London zurückkehren und die Leitung der englisch-irischen Verhandlungen übernehmen.

Einhundertdreißig Tote

Nach der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ sind bei dem Schiffbruch des argentinischen Dampfers „Villa Franca“ an der Küste von Paraguay im ganzen 130 Personen ums gekommen. Es wird angenommen, daß „Villa Franca“ entgegen den Vorschriften eine große Ladung Petroleum an Bord hatte.

Kautsky und die Einheitsfront

Von Prof. Dr. G. Sallod.

Karl Kautsky hat im „Sozialist“ für die Einheitsfront, die Einigung der sozialistischen Parteien geschrieben. Darob große Freude beim „Vorwärts“. Warum? Weil Kautsky's Grundmotto sich in die Worte zusammenfassen läßt: „erst die Einigung, dann das Programm.“ Das heißt erst sollen sich die Vertreter des Proletariats einigen, alsdann würde man schon über ein gemeinsames Aktionsprogramm übereinkommen. Kautsky ist gewiß nicht der Erste; seine vierzigjährigen Arbeit im Dienste der deutschen Sozialdemokratie, seine Bedeutung für die Propagierung und Entwicklung des marxistischen Ideentzweiges erfordern es, daß seine Vorschläge eingehend geprüft werden. Seine Ansicht verdient um so mehr Gehör, zu werden, als Kautsky selbst seit Begründung der deutschen Republik leidtragender ist, von den Ruhmnießern der deutschen Revolution in unwürdiger Weise geächtet, zum alten Eisen geworfen ist. Schon der noch während des Weltkrieges erfolgte Dinauswurf aus der Redaktion der „Neuen Zeit“, der wissenschaftlichen Revue des deutschen Sozialismus, die Kautsky geschaffen und für die er sein Herzblut geopfert, war mehr als hohnredend. Welche Partei hat jemals ihren Meister mit so schändem Urdank, mit solcher Niedertracht behandelt?

In lebhafter Erinnerung schweben dem Schreiber dieser Zeilen Begegnungen mit Kautsky einige Tage vor, während, und einige Tage nach der „glorreichen“ deutschen Revolution vom 9. November 1918. Vorher gleichsam der hoffnungsvolle Schillerische Jüngling, der mit lautem Rufen in den Ocean segelt, der Mann, der seine kühnsten Träume und Hoffnungen sich erfüllen sieht. . . . Mit welcher Lebhaftigkeit, mit welcher jugendlichem Feuer hat da K. über die Möglichkeiten großzügiger Sozialisierungsmaßnahmen gesprochen, und auch ich war natürlich der Überzeugung, daß er, K., zu wichtigen Staatsämtern berufen werden, also Gelegenheit zu aufbauender Arbeit im Sinne des Sozialismus finden würde. . . . Auch mich hat er in solchem Maße zur Mitarbeit herangezogen zu können geglaubt. . . .

Es ist anders gekommen. Die allernächsten „technischen“ Staatsämter, die Leitung der Finanzen und die der Eisenbahnen wurden auf Verlangen der Mehrheitssozialdemokratie bürgerlichen „Sachkundigen“, die in Wirklichkeit in ihrem Fache komplette Stümper, aber um so ausgezeichneter Saboteure waren, besetzt. Und die Finanzen gingen zum Teufel und die Eisenbahnen gelangten fast zum Stillstand. Wenige Wochen später hatte Eraberger in wahrhaftigem Ehrgeiz die Lebensmittelversorgungslage den Wissenschaftlern aus der Hand gerissen und Verhandlungen mit Hochbegonnen, der die willkommenste Gelegenheit erbot, Deutschland den Daumen ins Auge zu drücken. . . . Es war überhaupt ein Jammer zu sehen, wie in der deutschen Republik Sachkundige und Wissenschaftler, die im allgemeinen Interesse tätig sein wollten, beiseite geschoben wurden. Im wilhelminischen Deutschland spielten gewiß auch Sachverständige ganz überwiegend die Rolle der Deloten, der spartanischen bzw. römischen Sklaven. Aber sie wurden doch wenigstens angehört, zuweilen besolte man sogar ihre Ratsschlage. Namentlich geschah dies im Kriege, wenn auch zugegeben werden muß, daß alsdann ein Kampf zwischen Sachkundigen bzw. Wissenschaftlern und Interessenten entbrannte, in dem der Sieg sich immer mehr auf die Seite der Interessenten wandte — zum Verderben Deutschlands. Zu den Friedensverhandlungen in Versailles wurden fast nur geschäftstüchtige Interessenten als Ratgeber zugezogen — mit bekanntem Erfolge. In früherer Erinnerung ist mir geblieben, mit welcher Anmaßung Eraberger 22. Juli 1919 die nach Weimar berufenen etwa 60 deutschen Nationalökonomieprofessoren behandelte: anstatt sich von ihnen Rat zu

erholen, beehrte er sie wie ein absoluter König des 17. Jahrhunderts.

Aber um zum Parteigelehrten, Parteimeister Kautsky zurückzuführen: Karl Kautsky wurde 10. November 1918 mit dem Posten des Ordners der diplomatischen Korrespondenz zu Beginn des Weltkrieges betraut, für den ein jeder intelligente junge Doktor unter K.'s Leitung auch gelangt hätte. Gewiß, es wurde dann, vier Wochen nach der deutschen Revolution, die Sozialisierungskommission gegründet, in die auch K. berufen wurde. Vorstehender sollte Herr Minister August Müller werden. Die berufenen Mitglieder protestierten einmütig, weil sie wußten, daß sie von August Müller nur eine Sabotierung ihrer Bestrebungen zu erwarten hatten. Sie wählten zum Vorsitzenden Kautsky, weil sie der Meinung waren, daß eine andere Persönlichkeit dafür gar nicht in Frage kommen könne. Aber die neue mehrheitssozialistische Bürokratie schaute sich: sie schloß die Sozialisierungskommission bis Ende März 1919 zu Tode. —

Im April 1920, nach dem Rapp-Putsch entstand die Sozialisierungskommission aufs Neue, wieder mit Kautsky an der Spitze. Aber sie trug — insbesondere nach den „bürgerlichen“ Reichstagswahlen vom Juni 1920, den Reim des Todes in sich. Bereits zu Beginn der Tätigkeit der neuen Sozialisierungskommission wurde auf Betreiben einflussreicher bürgerlicher Mitglieder die Einberufung von Personen abgelehnt, die man, vom individualistischen Standpunkte aus, als Sachverständige zu fürchten Ursache hatte. . . . Und die Zusammensetzung dieser Kommission wurde immer mehr eine bürgerliche. . . . Es ist gewiß von ihr sehr viel und sehr fleißig gearbeitet worden. . . . Aber es fehlt doch sehr viel an gründlicher, allseitiger Durcharbeitung sozialwirtschaftlicher Probleme! Eine ganze Reihe allerwichtigster Industrien, z. B. die Eisenindustrie, die Textilindustrie, sind noch gar nicht behandelt worden. Die Landwirtschaft ferner ist bloß nebensächlich, gelegentlich des Reparationsproblems gestreift worden, wobei ein sächsischer Bauernbündnispolitiker und ein Interessent als geladene Sachverständige das große Wort führten und am Sozialismus kein gutes Haar ließen. . . . Landwirtschaftswissenschaftler waren nicht zugegen. . . .

Es Kautsky durch die klandestinen Mißerfolge müde geworden? Hart muß es für ihn sein, am Abend eines arbeitsreichen Lebens für den Sozialismus sich zu einem unsicheren Unternehmen, vielleicht einem „Anoffgang“ entschließen zu müssen. Gewiß, er mag hoffen, daß die Einigung neue Triebe in der getrennten Gesamtpartei zeitigt. Wie aber, wenn die Fortwärtler die Sozialistener nach wie vor andauernd niederstimmen? Wird es dann nicht zu einer neuen Spaltung kommen müssen? K. weiß auf das Beispiel der Einigung bei den französischen Genossen hin. Ist dieses Beispiel maßgebend? Damals, zu Jean Jaurès Zeiten, kam es doch nicht auf ein sofortiges Aktionsprogramm an: der Sieg des Sozialismus erschien in weiter Ferne. Da war es leicht, sich zu einigen, zu verständigen. Heute aber wird ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse fragen, ob es denn mit dem bisherigen Sozialpolitik, die während der Koalitionsregierungen geleistet worden ist und das eine jede ehrliche demokratische Partei auch geleistet hätte, sein Bestehen haben soll? Alles eigentlich Wesentliche an sozialpolitischen Fortschritt, die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages, die Arbeitslosenunterstützung usw. ist doch durchgeführt unmittelbar nach der Revolution, in der Zeit vor der Einberufung der Deutschen Nationalversammlung! Ob seitdem wirklich noch der Fortschritt, oder nicht vielmehr der Rückschritt vorwiegend, darüber kann gestritten werden!

Die Mehrheitssozialdemokratie beruft sich mit Vorliebe darauf, daß sie doch durch ihre Teilnahme an der Regierung reaktionäre sozialpolitische Maßnahmen verhindert hätte. . . . Hätte aber wirklich eine reine bürgerliche Re-

gierung in Deutschland stark reaktionär regieren können? Das Schicksal des Rapp-Putsches sollte und doch darüber befehrt haben, auf wie schwachen Füßen eine wirklich reaktionäre Regierung in Deutschland gestanden hätte. Oder was hätte etwa eine deutschnationale Regierung mit Helfferich an der Spitze in der Finanzfrage geleistet? Dies, daß sie außer mit den Franzosen, es auch mit den Engländern gründlich verdröben hätte und das Ruhrgebiet hätte von der Entente besetzen lassen müsse. . . . Durch die Anteilnahme an der Regierung hat sich die Mehrheitssozialdemokratie für die ganze momentlos kleinliche und kurzfristige Finanzpolitik, die wir seit der Revolution haben, mit verantwortlich gemacht. Was aber hat die Mehrheitssozialdemokratie für den Sozialismus geleistet? Dies, daß sie es auch nur zur Gründung einer einzigen größeren landwirtschaftlichen Versuchswirtschaft gebracht, zur Verstaatlichung eines einzigen Kohlen- oder Eisenwerkes? Grade hier liegt der Hund begraben. Die bürgerlichen Wirtschaftspolitiker behaupten die größere Produktivität der privaten Unternehmerwirtschaft. Wenn sie ehrlich wären, müßten sie wenigstens die „Probe aufs Exempel“ zulassen. . . . Diese verhindern sie aber und die Mehrheitssozialdemokratie stimmt ihnen zu mit der saulen Andrede, „daß die Zeit noch nicht erlählet sei“, daß man erst die weitere Entwicklung des Kapitalismus abwarten müsse. . . . Damit kann der folgerichtig denkende Sozialist sich nicht mehr zufriedengeben. Für alle konsequent denkenden Sozialisten bildete die Gründung der Sozialisierungskommission den Wendepunkt der Weltanschauung, den Wendepunkt vom Jenseitigen, als fatalismus verstandenen Marxismus zu der Erforschung der eigentlichen Sozialisierungsprobleme. . . . Die bloße theoretische Forderung genügt aber nicht: es muß das Experiment hinzukommen. . . . Ist die Mehrheitssozialdemokratie bereit, dazu die Hand zu heben? Es gibt sozialistische Mehrheiten in drei deutschen Bundesstaaten. Also können Experimente selbst großen Stils auch ohne die bürgerliche Reichstagsmehrheit durchgeführt werden. Und auch ein Teil der bürgerlichen Parteien, der demokratische Teil des Zentrums, würde mit sich reden lassen. Dies also ist die entscheidende Frage: nicht „erst Einigung, dann Programm“, sondern „erst Programm, dann Einigung“.

Rechtssozialistische Blätter zum Fall Lensch

Paul Lensch, einst radikalster Redakteur der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“, dann begeisterter Klopffechter der nationalsozialistischen Kriegs- und Nachkriegspolitik, jetzt Leiter der Stinnesischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, selbst die rechtssozialistische Presse häumt sich dagegen auf, daß es bei all dieser Wandlungsfähigkeit möglich, daß Lensch noch das Mitgliedsbuch der SPD, in der Tasche führen darf. Das „Volksblatt“ für Anhalt gibt unverhohlen der Ansicht Ausdruck, „daß gegen Leute von Schläge eines Lensch andere Saiten aufgezogen werden müssen“.

„Das beweißt schon der Umstand“, schreibt das Blatt, „daß Lensch bisher noch nicht der Anstandsspflicht seines freiwilligen Austritts aus unserer Partei genügt hat. Er gilt offenbar nach der Kartierung des „Gemeinregellen“. Auch wir sind mit Stämpfer der Meinung, daß das schwere Gewicht des Ausschlusses aus der Partei nur recht selten in Anwendung kommen darf; aber wenn wir es nicht im Falle Lensch gebrauchen sollten, dann möchten wir wissen, wann dazu überhaupt eine Berechtigung vorliegen könnte. Wenn wir uns in dieser Beziehung einem Lensch gegenüber noch Skrupel machen wollen, dann werden wir uns nächstens wohl noch überlegen müssen, ob wir einen „Partei-genossen“ ausschließen dürfen, der es mit seinen „Grundlagen“ für vereinbar hält, Redakteur der „Täglichen Rundschau“ oder der „Deutschen Tageszeitung“

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Übersetzung von Hugo B. Scholz. Americanische Copyright 1916 von Hillman & Co., Berlin.

(2. Fortsetzung.)

An solchen Abenden blieben die Bücher ohne Wirkung, und wir saßen mit Pawel auf andere Mittel, um unsere Leute zu unterhalten. Wir schwärzten unsere Gesichter mit Ruß oder bemalten sie mit Farben, putzten uns mit Hilfe von Hanflocken phantastisch heraus und spielten allerhand selbstgedichtete Komödien, mittels deren wir den Kampf gegen die Langeweile heldenmütig aufnahmen und die Leute zum Lachen zu bringen suchten. So dramatisierte ich die „Geschichte von dem Soldaten, der Peter dem Großen das Leben gerettet hat“. Wir kletterten zu Dawidow auf das Hängebett hinauf, mimten dort lustig drauf los, hieben einer ganzen Schar unsichtbarer Schweden den Kopf ab und brachten durch unsern Mummenschanz das Werkstattpublikum in eine bessere Stimmung.

Ganz besonders gefiel den Leuten die Legende vom chinesischen Teufel Ling-Tu-Tong. Paschka stellte den unglücklichen Teufel dar, der den Einfall gehabt hatte, ein gutes Werk zu vollbringen, und ich spielte alle übrigen Rollen: Männlein, Weiblein, tote Rekruten, den guten Geist und sogar den Felsblock, auf dem der chinesische Teufel jedesmal tiefsaurig ausruhte, wenn ihm wieder ein Versuch, etwas Gutes zu tun, mißlungen war.

Die Zuschauer lachten aus vollem Halse, und ich wunderte mich, wie leicht es war, sie zum Lachen zu bringen.

„Ach, ihr Handwürste!“ riefen sie uns zu — „ihr Nordsterle!“

Diese Reizung zum Lachen berührte mich anfangs wenig. Je schärfer ich dann zusah, desto deutlicher erkannte ich, daß ihnen die Traurigkeit doch noch näher lag als die Freude. Die Fröhlichkeit lebt bei uns zu Lande nicht aus sich heraus, wird nicht mit eigenem Maße gemessen, sondern muß erst unter dem Scheffel hervorgeholt werden, als ein Mittel, die schlaftrüge zufällige Langeweile zu mildern. Diese verborgene Fröhlichkeit aber, die kein selbständiges Dasein führt,

die nicht um ihrer selbst willen lebt, weil sie eben leben will, sondern erst unter dem Druck der Traurigkeit hervortritt, ist etwas Bedächtiges, Unnatürliches. Nur zu oft schlägt die russische Fröhlichkeit ganz plötzlich aus unbekanntem Ursachen in ein graufames Drama um. Dreht da ein Mensch sich im Tanze, als wenn er die Fesseln zerrisse, die ihn binden — und plötzlich strützt er sich, die Bestie in sich loslassend, in grausamem Weh auf alle und jeden und zerlegt, zerfleischt, zerstört, was ihm unterkommt. . . .

Diese erzwungene, durch äußeren Anstoß hervorgerufene Fröhlichkeit wirkte auf mich bedrückend und erregend. Ich wollte sie wirklich heiter und froh sehen, wollte die freie, leichte, natürliche Fröhlichkeit in ihnen wecken, und um dies zu erreichen, ließ ich meiner Phantasie ganz die Zügel schießen und erzählte und spielte aus dem Stegreif frisch drauf los. Ich hatte auch einigen Erfolg. Sie lobten und bewunderten mich. Aber der schwermütige Gram, den ich schon verhehlt zu haben meinte, kehrte allmählich zurück, gewann an Stärke und brühte mit aller Wucht auf die Gemüter.

Der Brautkopf Varionysch meinte freundlich: „Bist ein unterhaltfamer Junge, Gott erhalte dich so!“

„Ein Tröster bist du uns“, pflichtete Schicharew ihm bei. „Im Zirkus solltest du auftreten, Maximysch, oder im Theater — würdest einen guten Handwurf abgeben!“

Das Theater besuchten, in der Christwoche und in der Butterwoche, nur zwei aus der ganzen Werkstatt, nämlich Rapendjuchin und Estanow; die älteren Leute rieten ihnen freilich allen Ernstes, diese Sünde durch ein Bad im geweihten Wasser des Jordanflusses von ihrer Seele abzuwaschen. Estanow wiederholte mir immer wieder:

„Läß alles liegen und werde Schauspieler!“

Er erzählte gern von Maria Stuart, die er eine „Schelmin“ nannte, und war ganz besonders von dem „Spanischen Edelmann“ entzückt.

„Dieser Don Cesar de Bazan ist wirklich der edelmütigste Mensch, Maximysch“, sagte er — „ein wundervoller Held!“

Er hatte selbst etwas vom „Spanischen Edelmann“ an sich. Als einmal auf dem Plage vor der Feuerwache drei Feuerwehrlente sich damit belustigten, einen

Bauern zu prügeln, und ein Haufe von wenigstens vierzig Menschen ihnen beifällig schmunzelnd zusah, nutzte sich Estanow auf die Feuermänner, warf sie, mit seinen langen Armen dreinschlagend, zu Boden, hob den Bauer auf und schob ihn den Zuschauern hin.

„Da — führt ihn rasch fort!“ rief er, er selbst aber blieb, einer gegen drei, am Plage. Seine Gegner brauchten nur nach der Wache hinüberzurufen, um Zugang zu erhalten, zum Glück für Estanow jedoch bekamen die Feuerwehrlente einen solchen Schreck, daß sie nach der Wache entflohen.

„Schämt euch, ihr Hunde!“ rief er ihnen nach.

An den Sonntagen pflegten die jungen Burschen sich zum Faustkampf hinter den Peter-und-Pauls-Friedhof zu begeben, wo mit den Patrinenarbeitern und den Bauernburschen mancher harte Strauß ausgefochten wurde. Die ersteren konnten gegen die Stadtburschen einen berühmten Kämpfer ins Feld stellen — einen riesigen Nordwinen mit winzigem Kopfe und tranken, ewig tränenden Augen. Mit dem schmutzigen Kermel des kurzen Kastans seine Augen auswischend, stand er breitbeinig vor der Schar der Seinigen und forderte die Gegenpartei gutmütig zum Kampfe heraus:

„Na, nun kommt schon an, 's ist kalt!“

Von unserer Seite stellte sich ihm für gewöhnlich der Asial Rapendjuchin, der dem Nordwinen gegenüber freilich den kürzeren jag. „Ich will des Todes sein, wenn ich den Kerl nicht noch unterkriege!“ sagte er jedesmal, wenn er blutig und außer Atem als Besiegter zurückkehrte.

Es wurde schließlich sein Lebensziel, den Nordwinen zu schlagen. Er gab das Trinken auf, rief vor dem Schlafengehen seinen Körper mit Schnee ab, aß viel Fleisch und bediente sich, um seine Muskeln zu stärken, eines Zweipudgewichts — das hob er auf und machte, so oft er konnte, mit der so belasteten Hand das Zeichen des Kreuzes. Als das alles nichts helfen wollte, nähte er Bleistücke in seine Fausthandschuhe ein und rühmte sich Estanow gegenüber:

„Jetzt soll der Nordwinen dran glauben!“

„Läß das lieber“, warnie ihn Estanow streng, „oder ich verrat's vor dem Kampfe!“

(Fortsetzung folgt.)

zu werden. Nein, so weit kann die Gemütslichkeit nicht gehen. Der sinnestirteste Sozialdemokrat Mensch hat in unserer Partei nichts mehr zu suchen. Möge schleunigst dafür Sorge getragen werden, daß aus dem Skandal Mensch nicht ein Parteistand wird."

Das ist ziemlich derb. Keblisch verfährt die „Chemischer Volksstimme“.

Der schärfste Gegner des Sozialismus in Deutschland ist Sinnes. Er ist das Kräftezentrum des Hochkapitalismus, dessen Vereinhaltung wir antreiben. Er laßt nicht nur Bergwerke und Fabriken, sondern schafft sich auch durch den Erwerb zahlreicher Zeitungen ein riesenpropagandaa-Unternehmen, von dem aus er in tausenden von Kanälen die Gehirne der Menschen kapitalistisch beeinflusst. Der Kopf dieser Propaganda ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Und nun kommt das Krampferende, das Widerstand: Der Chefredakteur an diesem Hauptorgan zur Bekämpfung des Sozialismus ist Professor Dr. Paul Leusch, der geschmackloserweise immer noch ein Mitteilungsblatt der SPD in der Tasche trägt.

Friedrich Stampfer aber lebt sein Verteidigungswort fort. Den Parteigenossen müßte die Möglichkeit gelassen werden, als Sozialdemokraten auch außerhalb der Parteipresse wirken zu können, wobei die Einhaltung der richtigen Grenzen eine Tagesfrage sei. Herr Stampfer geht die Gemütslichkeit anscheinend doch noch um ein Erkleckliches weiter, als dem „Volksblatt“ für Auhalt.

Der französische Gewerkschaftsbund zur internationalen Lage

Der französische Gewerkschaftsbund (Confédération générale du travail) hat in einer Resolution Stellung genommen zu der internationalen Lage. Die Resolution, die uns heute vom Internationalen Gewerkschaftsbund übermittelt wird, hat folgenden Wortlaut:

Die am 9. Mai versammelte Verwaltungskommission der CGT (Confédération générale du travail) erhebt nach Prüfung der allgemeinen Lage Protest gegenüber einer Reparationspolitik, die ebenso sehr den Interessen des Landes wie den berechtigten Ansprüchen der Beschädigten widerspricht und zudem eine Bedrohung des Friedens darstellt.

Diese in Verfehlung der Bedürfnisse des eigenen Landes wie der Aspirationen der übrigen Völker durchgeführte Politik kann nur zur vollkommenen Isolierung Frankreichs und zu neuen militärischen Konflikten führen.

Im dem Augenblick wo die Folgen dieses Vorgehens zutage treten, erinnert die Verwaltungskommission der CGT daran, daß das Reparationsproblem nur wirklich gelöst werden kann, wenn die von den Arbeiterorganisationen Frankreichs festgelegten Grundsätze sowie das vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam aufgestellte und von den deutschen Gewerkschaften im Einvernehmen mit den französischen Arbeiterorganisationen angenommene Programm Anwendung findet, das von der Arbeiterbewegung aller Länder unterstützt wird.

Angeichts der Tatsache, daß die verwüteten Gebiete auch weiterhin privaten politischen Interessen geopfert werden, kann die Verwaltungskommission der CGT einer Politik gegenüber nicht untätig verharren, deren Fortführung einzig dazu führen kann, den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt zu hindern und die unabwendbar abbrechenden Grundlagen des Friedens zu untergraben. Sie erklärt, daß alle bisher gemachten Experimente: eine unbedingte Verurteilung der Methode der Gewalt bedeuten — Experimente, die den zerrütteten Gebieten nur Schaden brachten, und den größten Teil der deutschen Weidleistungen aufzehrten, während gleichzeitig dem französischen Volke neue Lasten aufgebürdet wurden, die den Druck auf die Steuerzahler noch erhöhten.

Absehen von den Kosten, die sie mit sich führen, und die mit dazu beitragen, die Aussichten des Wiederaufbaus zu zerstören, sind die militärischen Besetzungen an sich eine furchtbare Gefahr.

Die Völker Europas wollen den Frieden. Jede auf die materielle Gewalt gegründete Handlung bedeutet eine Gefahr für die stets noch unsicheren Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationen. Der Appell an die militärische Gewalt, mit dem man uns bedroht, steht in direktem Gegensatz zu der von allen Nationen geforderten Politik der Abrüstung, die allein den Wiederaufbau und die Wiederaufrichtung der Ruinen ermöglichen würde.

Indem die französische Politik folgermaßen an die Gewalt appelliert, wirkt sie als ein Element des Kriegsbrandes

zwischen den Völkern. Sie wird von allen andern Nationen verurteilt, und daßselbe muß auch rückhaltlos seitens des eigenen Landes geschehen. Getreu der passifistischen Tradition der Arbeiterorganisation zeigt die Verwaltungskommission der CGT die Gefahren auf, die eine derartige Haltung für den Frieden nach sich ziehen kann.

Sie brinat in Erinnerung, was die Arbeiter der ganzen Welt seit dem Kriege nicht aufgehört haben zu erklären.

Gewaltmittel können niemals dazu beitragen, die Ruinen wieder aufzurichten, sondern nur neue hinzuzufügen; sie sind unvereinbar mit den Wünschen der Völker nach Frieden, und würden den alten Doh nur aufs neue beleben und neue Ursachen für Konflikte schaffen. Der Appell an die Gewalt widerpricht aber auch den Interessen des Landes, weil er die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unerlässliche internationale Zusammenarbeit verhindert, den die CGT gemeinsam mit dem im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeitern mit aller Kraft zu fördern wünscht. In all diesem aber bewirkt die Inhaft zur Gewalt eine für Frankreich unheilvolle Position zwischen den übrigen Nationen, die eine neuerliche furchtbare Katastrophe voraussehen.

Die französische Arbeiterbewegung protestiert mit aller Energie gegen eine Politik, die eine solche Fülle von Gefahren in sich schließt. Die Verwaltungskommission erklärt im Namen der CGT ihren festen Entschluß, sich dieser Politik zu widersetzen. Sie appelliert an alle Arbeiter, die Gefahr, die dem Lande droht, zu verhindern und vor einer Haltung zu warnen, die eine Herausforderung der andern Völker bedeutet und einzig dem militärischen Ehrgeiz, den Bestrebungen der Reaktion und der Profitgier der Kriegslieferanten zugute kommen würde. Die Hoffnungen der Völker dürfen nicht zunichte gemacht werden.

Die Verwaltungskommission der CGT gibt ihren Gefühlen der Solidarität für das Proletariat der andern Länder Ausdruck und fordert die Arbeiter auf, sich gegen die Gefahren des Krieges zu wappnen und zu bekräftigen, daß das Land den Frieden will und sich allen Abenteurern, in die man es verwickeln will, widersetzt.

Die Verwaltungskommission des französischen Gewerkschaftsbundes.

Auslandshilfe. Wie aus dem Bericht des Zentral-Ausschusses für Auslandshilfe hervorgeht, betrug der Wert der vom Ausland bisher gelieferten Lebensmittel 7 1/2 bis 8 Milliarden Dollar. Die Reichsregierung stellte im Berichtsjahre zur Verfügung von Wehl und Jucker 150 Millionen Mark zur Verfügung. Im Berichtsjahre wurden 123 Millionen Mark zur Verfügung gegeben und waren zeitweise 1 100 000 Kinder von der Speisung erfasst, davon mehr als 90 Prozent Schulkinder.

Aus der Partei Reichsbildungskonferenz.

Bezugnehmend auf den Aufruf vom 18. Mai bitten wir zu der Reichsbildungskonferenz, die am 9. 10. 11. Juli in Berlin stattfindet, sofort Stellung zu nehmen.

Auf der Konferenz werden die 6 großen Gebiete:

1. die materialistische Geichtsauffassung und die Kulturaufgaben,
2. Aufgabe und Methode der Parteibildungsarbeit,
3. die künstlerische Erziehung des Proletariats,
4. Schulpolitische Fragen,
5. Volkshochschule,
6. die Bedeutung des Rinos

durch ausführliche Referate behandelt werden.

Als Delegierte kommen Vertreter der Bezirksbildungs-ausschüsse der USPD, Lehrerorganisationen, der USPD-Elternbeiräte und der freien Schulgemeinden in Frage. Ferner ist die Beteiligung der Genossen, die in Gemeinde, Staat und Reich verantwortliche Bildungs- und Erziehungspolitik zu leiten haben, dringend erforderlich. Es kommt nicht auf die Anzahl, sondern auf die Zweckdienlichkeit der Delegation an. Anmeldung von Delegierten sowie Wünsche wegen Quartierbesorgung bitten wir sofort an den Genossen Wilhelm Schenk in Berlin C. 2, Breite Straße 5-9, Arbeiterbildungsschule, zu richten.

Berlin, den 6. Juni 1922.
Die Zentralkommission
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin

Das Berliner Provinzialschulkollegium und der Unterricht im Geiste der deutschen Republik

Die Wahl der Elternbeiräte für die höheren Schulen.

Viele Sozialisten bringen der Wahl von Elternbeiräten für die höheren Schulen ein geringes Interesse entgegen, weil nur wenige Genossen und Genossinnen gewählt werden und diese bei der reaktionären Zusammensetzung des Elternbeirats keinen großen Einfluß haben. Genossen und Genossinnen! Haben so auch eure Großväter gedacht, als sie vor mehr als 50 Jahren zuerst Kandidaten für den Reichstag und die Landtage aufstellten? Schon mit Rücksicht auf die an höheren Schulen tätigen sozialistischen Lehrer, die oft in der unerhörtesten Weise drangaliert werden, sollte keiner an der Wahlurne fehlen. Dies sei an einem Beispiel dargelegt.

Bei der Würdigung der Persönlichkeit Karls des Großen, also eines vor mehr als 1000 Jahren regierenden Fürsten, legte ein Lehrer den Schülern dar, daß im allgemeinen nur die Herrscher den Beinamen der Große erhalten hätten, die viele Kriege geführt hätten. Der Kaiser Karl wäre besonders langsam die Sachen gewesen, die er nach ihrer Besiegung gezwungen hätte, sich zum Christentum zu bekehren. Dies solle aber nach dem Willen Jesu nicht durch das Schwert verbreitet werden, sondern durch das Wort. Karls Handlungswiese sei ebenso zu verwerfen wie die Absicht derer, welche im Weltkrieg die Annexion von Belgien forderten, weil die Staatsmänner dieses Landes angeblich mit unseren früheren Feinden einen Vertrag geschlossen hätten. Selbst wenn dies wahr wäre, wäre damit noch nicht die Annexion Belgiens gerechtfertigt. Denn es wäre doch keine Strafe, Deutscher zu werden, sondern eine Ehre, Deutscher zu sein.

Zwei Schülerinnen, die Mitglieder des deutsch-nationalen Jugendbundes sind, beschwerten sich nun über ihn und behaupteten auch, er hätte auch gesagt, die deutschen Fürsten hätten oft das Blut ihrer Uneranen ehrgeizigen Väter geopfert. Der Lehrer berief sich darauf, daß früher, als in Deutschland noch zwei Tugend Monarchen throneten, wenn auch nicht lebende, so doch tote deutsche Fürsten im Unterricht kritisiert werden durften. Hat nicht jeder preussische Geschichtslehrer den Schülern dargelegt, daß zur Zeit Napoleons I. die sächsischen Fürsten dessen Verbündete waren, um eine Krönung zu erlangen? Trotzdem wurden dem Lehrer die schwersten Vorwürfe gemacht, weil er die politische Ereignisse der Gegenwart im Sinne der Sozialdemokratie (!!) besprochen und dadurch die Gefühle der Schülerinnen verletzt hätte.

Er wurde in seiner Lehrfreiheit in unerträglicher Weise eingeschränkt. Das Berliner Provinzialschulkollegium sprach ihm seine Mißbilligung aus. Vergebens verteidigte er sich in einer ausführlichen Eingabe. Er mußte sich schließlich an das Ministerium wenden, das ihn fast ein Jahr auf Antwort warten ließ, und dessen Entscheidung keineswegs befriedigt.

Genossen und Genossinnen! Ist es nicht unerhört, daß in den höheren Schulen Lehrer oft deswegen, weil sie im Geiste der deutschen Reichsverfassung unterrichten, drangaliert werden, während den Militaristen und Nationalisten kein Haar gekrümmt wird?

Väter und Mütter, denkt daran am Sonntag! Die sozialistischen Lehrer erwarten es von euch. Sogar Hoensch hat in seinem Buche „Offene Bahnen der Kulturpolitik“ mitgeteilt, daß Lehrern, die aus ihrer republikanischen Gesinnung keinen Hehl gemacht haben, oft der Geschichtsunterricht entzogen worden ist. Er nennt solche Maßregelungen einen Skandal sondergleichen. Jede einzelne abgegebene Stimme stärkt den sozialistischen Lehrern den Mut in ihrem schweren Kampfe gegen die Schulreaktion! Wählt die vereinigte Liste der SPD, USPD, und KPD.

Die städtischen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters finden im Juni an folgenden Tagen statt: Montag,

Filmschau

Im Marmorhaus läuft der neueste Film von Lieke- mann und Jacoby: „Man soll es nicht für möglich halten!“ Diesen Gefallen tut man den Autoren gern, würde man doch das alles, was sich da ereignet, selbst gegen ihre Behauptung auch für unmöglich halten müssen! Nun aber, da man mit ihnen übereinstimmt, fühlt man sich insofern entwaffnet, als man seine Bedenken, die schon von vornherein als berechtigt anerkannt werden, gar nicht erst zu äußern braucht. Und doch:

Ein Verbrecher hält durch Ziehen der Notbremse den laufenden Schnellzug an, um seine am verabredeten Punkt der Bahnstrecke wartenden Freunde mit ihrer Beute aufzunehmen. Daß solch ein Plan nicht gelingen könne, weil ja bei plötzlichem Stehbleiben eines Schnellzugs auf offenem Feld die Fahrgäste vor allem neugierig an die Fenster springen, das Komplott also bald enttoden würden — darüber zerbrechen sich die Verfasser nicht die Köpfe. Es sieht eben ganz einfach sein einziger Fahrgast aus dem Fenster, und obwohl auch das schließlich begründet werden könnte, etwa dadurch, daß die Aufmerksamkeit der Reisenden durch ein vorbereitetes Mandver nach der entgegengesetzten Seite hingelenkt würde, oder sonstwie — es wird auf jede Begründung verzichtet; denn hier soll eine auf bahntypischen gezielte Handlung durchgeführt, nicht aber jedes Mittel, das diesem Zweck dient, umhändlich zerlegt werden! Liekmann und Jacoby haben seit dem „Mann ohne Namen“ ihre Art, sich im rapiden Dinstern auf das Endziel zu von keinen möglichen Notwörungen aufhalten zu lassen, so methodisch durchgebildet, daß man sogar aus ihrer Unlogik noch die Ueberlegenheit herauspürt, die sich an keinem Mittel löst, sondern dies dem Zweck unterordnet.

Nur soll man sich nicht verführen lassen, auch ihre wirklichen Fehler für Vorzüge zu halten! Zwei Hauptgefahren des Films sind ein Chirurg und seine Frau, und beide sind so vollständig überflüssig, daß — Schmitte man sie aus dem Bildkreise auch gänzlich fort — am Organismus des Ganzen kaum eine Veränderung wahrzunehmen wäre! Sie sind nur dazu da, damit der Chirurg an seine Frau eine Botin sende, und eine Art Defektiv beim Anblick dieser Botin einen bestimmten Verdacht schöpfe. Und dazu zwei Hauptfiguren?

Das Manuskript ist für Maciste, einen italienischen Kraftmeier, der nun zum ersten Mal in Deutschland filmt, geschrieben worden. Da er nur wenig schauspielerische Qualitäten besitzt, besticht er durch die Bescheidenheit, mit der er sich trotz seiner Eigenschaft als „Star“ dem übrigen Ensemble

einigt. Mit seinen Kräfteleistungen macht er keinen Eindruck, doch das liegt nicht an ihm, sondern an den phantastischen Möglichkeiten des Films. Denn wenn Maciste einen Schnellzug mit einigen während der Fahrt abgepöppelten Wagen durch die Kraft seiner beiden Arme zusammenhält, so glaubt man zwar, daß er das tatsächlich tut, man weiß aber auch, daß es dem Film ein Leichtes ist, solche Kunststücke vorzutäuschen. Im Film ist's nämlich möglich, daß ein Singsing auf seinem Bettesinger einen ganzen Wolkenkratzer balanciert, warum also sollte man es bewundern, wenn Maciste einige Eisenbahnwagen hinter sich herzieht?

Dosio Koffler

Der Mainzer Kulturkongress

Die Eröffnung der Schulreformertagung.

Von unserem Sonderberichterstatter.

19. Mainz, 6. Juni.

Am Pfingstsonntag wurde der Kongress „Mensch, Bildung und Lebensgestaltung“ im Foyer des Mainzer Stadttheaters eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Kall begrüßte die Teilnehmer, unter denen Maria Montessori besonders beachtet wurde, auf herzlichste im Namen der Stadt. Zwei Gruppen unter den Pädagogen der Zeit trübten sich diametral gegenüber: die, die alles beim Alten lassen wollen, und die, die als entschiedene Schulreformer eine grundsätzliche Umgestaltung wollen. Die größere Menge händ wohl zwischen beiden Polen und suchte die mögliche Verwirklichung. Der Oberbürgermeister untertrieb, welche erzieuliche praktische Erfahrung er bei einem seiner Kinder unter dem Einfluß moderner Pädagogik gemacht habe. Auch die Stadt Mainz sei auf dem Wege, durch Eröffnung einer Versuchsschule mitzuwirken an der Lösung der vorhandenen Probleme. Das eventuelle Scheitern eines Versuches sei aber kein Beweis für die Gültigkeit oder Nichtigkeit einer Idee; theoretische Erarbeitung und praktische Erprobung müßten sich ergänzen. Als einen Schritt auf dem Wege zu einer pädagogischen Klärung begrüße er den Kongress aufs wärmste.

Professor Decker erwiderte dankend und selbstentgegenend, es wäre fast schon eine Gefahr, daß die Schulreform „Modische“ würde und in Nebenwärtigkeiten ihre Stohkraft verlore. In dem Reiz des Stempffanes, das sich heute erfindend an Menschen und Einrichtungen Deutschlands lege, sei es notwendiger denn je, in schärfster Weise den Kulturredanken zu vertreten.

Der Pfingstsonntag vereinigte im großen Saal der Pieder-tafel die Kongreßteilnehmer. Margarete Susmann-Sadingen sprach „Von Religionen im neuen Menschen“, und es fanden sich in ihrem reichen Referat aus dem Grenzgebiet zwischen Geist und Gefühl seine Fort-mulierungen.

Wilhelm Michael, der Helderlin-Forscher, verwahrte sich gegen das Herumrühren mit langen Stangen im Herzen der Zeit, wo sich dann nichts scheiden, nichts entscheiden könne. Er rief auf zur Sammlung, zur inneren Ruhe, zum Gehe der geistigen Mitte.

Neu Schidale erörterte die „Lage der Intellektuellen Europas“. Zwischen „verschmibter Schlaftrigkeit“ und „wihelminischen Rerenscholz“ taumelte die deutsche Geistigkeit. Da die Hohenzollern kein geistiges Erbe hinterlassen hätten, hätte auch die Republik keine polare wertvolle Geistigkeit erzeugt. Die Politiker des Geistes verhandelten sich an die Rechtfertigung der Parteien und der Konjunkturen. In glänzender Analyse von Dostojewskis Schaffen wies er die polare Gegenjählichkeit im Herzen des Dichters nach, wie sie sich ausprägt in der Gulim-Rede und in der Weltalt Njischka Karamasoffs. Diefem Zukunftsbild Njischkas entsprechend müsse der Idealist des Geistes erheben, der den Politiker des Geistes bewirgt; der Frieden-schaffende, der den Krieg-schaffenden überwindet. Und in der Erziehung muß der Grund zur neuen Bestimmung gelegt werden. Heute sei die europäische geistige Welt dort, wo Deutschland vor dem Kriege gewesen sei; aber die Ideen der um ihrer Bestimmung willen Ermordeten seien die einzig wahrhaften Gelpender, die die Welt heunruhigten, während man sich vergebens bemühe, diese Gelpender im Rausch der Vergnügungen zu ver-gessen. In eine ernste Warnung klang diese Rede (scharfer Kritik und höchster Forderung aus; denn Europa tauwelt im Fieber.

Am Nachmittag eröffnete Dr. Kurt Hiller-Berlin die Diskussion und entgitt in politisch-polemische Balladen, ehe er seinen Plan einer Kulturrodiale, eines Reichskulturrates entwickelte. Professor Kinkel-Gießen suchte versöhnend eine Sanktion der Gegenjählichkeiten, suchte Erkennen und Fühlen als notwendige Ergänzungen zu schil-bern. Professor Bonigshaim-Röln brachte die Diskussion wieder in lebendige klare Problemstellung durch kluge Abgrenzung zwischen den Aufgaben der Wissenschaft und des religiösen und ethischen Lebens. Die Wissenschaft habe zu viel versprochen, und da sei mit Notwendigkeit der Rück-schlag in den Utilitarismus erfolgt. Zum Schluß hob der Redner die Bedeutung der Volkshochschulen hervor.

12. Juni (Wagner-Abend), Philharmonie; Dienstag, 13. Juni, Brauerei Friedrichshain; Donnerstag, 15. Juni, Germania-Prachtställe; Freitag, 16. Juni, Brauerei Königsstadt; Dienstag, 20. Juni, Brauerei Friedrichshain; Mittwoch, 21. Juni, Orpheum, vorm. Etablissement Dappold; Freitag, 23. Juni, Germania-Prachtställe; Montag, 26. Juni, Brauerei Königsstadt; Donnerstag, 29. Juni, Brauerei Friedrichshain; Freitag, 30. Juni, Germania-Prachtställe, Eint. (Preis 5 M.). Die Karten zu diesen Konzerten sind vom Sonnabend, den 10. Juni, ab im Vorverkauf bei H. Wertheim, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-fer 15, im Zigarrengeschäft von Horst und in den betreffenden Konzertsälen zu haben. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft.

Kriegsfürsorge im Verwaltungsbezirk Neukölln

In denjenigen Gemeinden und Groß-Berliner Bezirken, die infolge ihrer vielfach jungen Bevölkerung in den Jahren 1914/1915 einen nicht unerheblichen Prozentsatz an Kriegsteilnehmern zu stellen hatten, nimmt naturgemäß die allgemeine Fürsorge für die zahlreichen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, deren Ausübung durch besondere Fürsorgestellen gemäß Ministerialerlass vom 10. Mai 1915 den Gemeinden übertragen ist, einen namhaften Raum ein.

Um die soziale Kriegsfürsorge im Verwaltungsbezirk Neukölln spiegelndes Bild ergibt ein in der letzten Sitzung des Beirats für Kriegsbeschädigte in Neukölln erstatteter Bericht über das ziffernmäßige Ergebnis der von der dortigen Fürsorgestelle im letzten Rechnungsjahr geleisteten Arbeit. Hiernach beitragen die im Bezirk zur Auszahlung gebrachten Unterstützungen, Renten vorzuschüsse, Feuerungszuschüsse und die aus sonstigen teils neu eröffneten Konten gezahlten Summen insgesamt rund 9.400.000 M. Bei Unterverteilung auf die in Frage kommenden Einzelkonten entfallen 3.554.000 M. als Vorzuschüsse auf die rückwirkend entsprechend den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes neu festzusetzenden Renten und Hinterbliebenenbezüge, wobei den geleisteten Zahlungen 12.875 Einzelanträge zugrunde liegen. An zweiter Stelle stehen die Feuerungszuschüsse mit 2.895.000 M. In den Empfängern derselben zählen lediglich Personen, die aus diesen oder jenen Gründen keiner gewinnbringenden Beschäftigung nachgehen können, vielmehr auf die bloße Rente angewiesen sind. Diese Fälle werden im einzelnen durch die Fürsorgestelle geprüft. An einmöglichen und laufenden Unterstützungen sind an Kriegsbeschädigte 1.272.000 M., an Hinterbliebene (774 Witwen, 1.220 Waisen und 242 Eltern) 867.000 M. gezahlt. Denjenigen Versorgungsberechtigten, denen nach den gegebenen Vorschriften ein Anspruch auf die bereits erwähnten Feuerungszuschüsse nicht zusteht, konnte aus dem der Fürsorgestelle als „Winterhilfe“ vom Reichsarbeitsminister überwiesenen Fonds in Notfällen die erforderliche Beihilfe zuteil werden.

Bemerkenswert ist hierbei die Tatsache, daß beispielsweise in Neukölln von rund 12.000 Kriegsbeschädigten mit Rücksicht auf ihre teilweise Unterbringung in geeigneten Verdingstätten nur etwa 400 in den Genuss von Feuerungszuschüssen gelangen.

Die Gewährung von Darlehen und sonstigen Sozialhilfen an 75 Versorgungsberechtigte zur Schaffung von Verdienstmöglichkeiten erforderte weitere 210.000 M. Einen wesentlichen Fortschritt in der Ausgestaltung der Kriegsfürsorge bedeutet die im letzten Jahr erfolgte Bereitstellung von Mitteln für Zwecke der „Jugendfürsorge“. In Frage hierfür kommen in Sonderheit die Uebernahme von Kurlokalen sowie Aufwendungen zur Erleichterung des Uebergangs in den Beruf. Entsprechend den Beschlüssen des Jugendunterausschusses, der sich die Verwendung dieser Mittel in jedem einzelnen Falle vorbehält, ist bis Ende März 1922 über 200.000 M. verfügt.

Das katholische und evangelische Tor

Das folgende förmliche Geschichtchen entnehmen wir dem „Spandauer Volksblatt“:

Die evangelische 2. und die katholische 14. Gemeindeschule müssen nach dem ins Wasser gefallenem Streit nun doch unter einem Dach wohnen. Das ist in einem Privathaus wohl leicht möglich, aber es ist äußerst schwierig in einer Schule, besonders einer Volksschule.

Seit 12 Jahren schon waren evangelische und katholische Kinder in diesem Gebäude gemeinschaftlich untergebracht und vertrugen sich untereinander. Nach dem Streit scheint es aber nun anders geworden zu sein. Katholische und evangelische Kinder gingen bisher durch die beiden Schultore gemeinsam. Jeder benutzte das für ihn nächste. Nun ist es anders beschlossen: Das Tor an der Seite der Jubiläumshalle ist nur noch für evangelische Kinder und das an der Seite der Oberrealschule nur für katholische Kinder. Die Lehrer selbst gehen mit guten Beispielen voran, evangelische Lehrer rechts, katholische Lehrer links. (Nur der Herr Rektor darf eine Ausnahme machen, der braucht nämlich nicht durchs Tor zu gehen, sondern öffnet mit einem Schlüssel die mittlere Tür des Gebäudes und umgibt so den Betenunsweg.)

Nun werden das evangelische und katholische Tor leider doch trotz alledem entweiht, denn den Hof benutzen die Mädchen- und Knaben-Mittelschule als Turnplatz. Und in Mittel- und höheren Schulen sind bekanntlich evangelische, katholische und bekennungslose Kinder ohne Schaden

friedlich und glücklich zusammen. Nur beim Volk und Volksschullehrer müssen Kinder nach Bekenntnissen angestrichelt werden. Neben Kinder der katholischen 14. Schule nachmittags in den Turnverein in die Jubiläumsturnhalle, so dürfen sie auch durch das Tor der Abergläubigen gehen, denn der Turnverein schadet ja Gott sei Dank nicht nach Bekenntnissen. Vielleicht nimmt sich mal der Gemeinderat von St. Nikolai der Sache an, damit solche „Entbeilungen“ der Glaubensstore nicht mehr vorkommen!

Aber die Väterlichkeiten gehen noch weiter. In den Pausen gibt es auf dem gemeinsamen Hofe seit dem Streit katholische und evangelische Frühstücksfreize. Bis dahin gingen jahraus, jahrein katholische und evangelische Kinder in den Pausen durcheinander. Nun geht auf Seite der Oberrealschule der evangelische und auf der anderen Hälfte des Hofes der katholische Frühstückskreis, angestrichelt von einem Lehrer geschützt, damit kein Schellen sich verirrt, um vielleicht der Freundin Maria, die leider nun von 8 bis 12 Uhr katholisch ist, ein Schülerleben zu erzählen. Durch den Zaun sehen dann sowohl katholische und evangelische Kinder als auch ihre Lehrer, daß auf dem Hofe, neben ihrem bekenntnisgemäßen Zaun, die evangelischen, katholischen, jüdischen und bekennungslosen Kinder ruhig nebeneinander gehen, keiner dem andern das Butterbrot wegnimmt, ja daß diese Kinder gar nicht im Kreis herum zu gehen brauchen, denn sie gehören ja nicht zum Volk, ihre Lehrer sind ja keine Volksschullehrer, die brauchen nicht wie die Gefangenen im Gefängnis im Kreis herumgeführt zu werden.

Was würde Jesus dazu sagen, wenn er sähe, katholische Kinder durchs katholische und evangelische durchs evangelische Tor gehen; er würde eine zweite ober-irgendwieder Temeleinsinnung vornehmen. Was sagt der Lehrerverein dazu, der doch für die Einheitschule kämpft? Was würde Jesus dazu sagen, der auf Wunsch der Spandauer Lehrerschaft die Eltern aufrufen sollte zum Kampf für die Einheitschule, gegen die Herrschaftsgelüste der Kirche? Der neue „christliche“ Elternbeirat findet hier sofort eine dankbare Aufgabe.

Eine große Frage konnte ich leider nicht lösen: Die Aborte benutzen die evangelischen und katholischen Kinder gemeinsam und dürfen da friedlich miteinander sitzen, trotzdem in der Jubiläumsturnhalle auch Aborte sind, die man doch ebenso gut wie die Tore evangelisch und katholisch machen könnte. (Ein Familienvater, dessen Kind 10 Jahre alt ist, leider sich immer noch kein Bekenntnis gewählt hat, und daher nicht weiß, durch welches Bekenntnistor es gehen muß.)

Arbeiter-Bildungsschule

Freitag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 89, Vortrag des Gen. Alexander „Die internationale Politik nach Genoa“. Alle Hörer der Schule, die Referenten der Partei und die Mitglieder des Zentralvorstandes sind hierzu eingeladen. Auch andere interessierte Genossen haben Zutritt.

Verbands-Bildungskommission. Am Sonnabend, den 10. Juni, nachm. 6 Uhr, Sitzung aller Obleute der Bezirks-Bildungskommissionen in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 89. Alle Bezirks- und Verwaltungsbereiche müssen vertreten sein.

„Die Waisenkinder“ von Ernst Toller. In der Aufführung am 1. Juli und andere Tage, im Großen Schauspielhaus hat die Verbands-Bildungskommission ein Teil Eintrittskarten übernommen. Die Karten sind an den bekannten Stellen und bei den Funktionären zu haben. Funktionäre, die noch nicht im Besitz der Karten sind, müssen diese sofort vom Büro, Breite Str. 89, abholen.

Die Milchmarken für Monat Juli 1922 werden von den Bezirkskommissionen der Verwaltungsbezirke Mitte, Tiergarten, Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Kreuzberg für die Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre von Montag, den 12. bis Mittwoch, den 14. Juni 1922, für die Kinder im dritten und vierten Lebensjahre von Donnerstag, den 15. bis Sonnabend, den 17. Juni 1922, herausgegeben. Außerdem werden A-Karten (für werdende Mütter) bei Anmeldung der Schwangerschaft für drei Monate (d. h. für den 7., 8. und 9. Monat der Schwangerschaft) auszugeben. Die Milchmarken müssen spätestens bis zum Montag, den 26. Juni 1922, in den Milchgeschäften und Abteilungen zur Anmeldung gebracht werden. Die Milchgeschäfte sind verpflichtet, die Milchmarken für Monat Juli 1922 bis einschließlich Montag, den 26. Juni 1922 zur Anmeldung entgegenzunehmen. Die Milchmarken für Monat Juli 1922 bis einschließlich Montag, den 26. Juni 1922, nach der Reihenfolge der Anmeldung bis zur Höhe ihrer Pflichtmengen entgegenzunehmen. Milchmarken, die den Stempel „Nachanmeldung“ tragen, sind von sämtlichen Kleinhandelsgeschäften jederzeit und von den Abteilungen auch nach dem 26. Juni 1922 zur Belieferung entgegenzunehmen, soweit und solange die Mutter ihrer Pflichtmengen durch Entgegennahme von Marken noch nicht genügt haben.

Die Hilfe deutscher Kinder nach Schweden. Das Deutsche Rote Kreuz gibt bekannt, daß auch in diesem Jahre denjenigen deutschen Kindern, die eine Wiedereinladung nach Schweden erhalten haben, bei ihrer Hin-

und Rückreise behilflich sein will. Zu diesem Zweck müssen die Kinder umgehend bei der „Schwedenhilfe“ des Deutschen Roten Kreuzes, Charlottenburg, Berliner Str. 137, Cecilienhaus, unter Angabe sämtlicher Personalien und Angabe der Adresse der schwedischen Einladet angemeldet werden, ebenso ist die Vorzeigung des Einladungsbriefes erforderlich. Die schwedischen Gastgeber müssen sofort beim Auswärtigen Amt in Stockholm, Bruggaregatan 11, die Einreisegenehmigung für die von ihnen eingeladenen Kinder beantragen unter ausdrücklichen Hinweis darauf, daß die Kinder durch Vermittlung des Deutschen Roten Kreuzes, Schwedenhilfe, aus Deutschland ausreisen. Kinder unter 16 Jahren benötigen keinen eigenen Paß, mehr als 16jährige müssen sich einen solchen beschaffen, auch wird diesen kein gebührenfreies Visum erteilt. Auf deutscher, sowie schwedischer Seite wird Fahrpreisermäßigung erteilt, doch ist es leider nicht möglich, einen Reisegeldzuschuß zu gewähren. Die Kinder werden im Laufe des Juni reisen.

Das Land der Postkarten. Das Land der Postkarten ist auch nach dem Kriege Japan abblieben. Nach den Angaben des Weltpostvereins hat es im Jahre 1920 2320 Millionen Postkarten befördert. Erst an zweiter Stelle kommt Deutschland mit 968 Millionen. Es folgt in Europa an dritter Stelle Großbritannien mit 599 Millionen, Italien mit 242 die Niederlande mit 130%. Alle übrigen Länder haben weniger als 100 Millionen, am meisten Belgien mit 90%, die Schweiz 81, Polen 58, Südslawien und Schweden 37, Dänemark 30, Ungarn 27, Bulgarien 22%, Rumänien 18, Spanien 17%, Norwegen 15. Aus außereuropäischen Ländern liegen außer von Japan Angaben auch vor von Britisch-Indien mit 106 1/2 Millionen, China 88 1/2, Argentinien 14 1/2 und Niederländisch-Indien 11 Millionen.

Die Klage des Magistrats Berlin gegen die AGG, bezw. deren Tochtergesellschaft wegen Fortführung des Baues der Schnellbahn Neukölln-Geundbrunnem beschäftigte die städtische Verkehrsdeputation eingehend. Das Kammergericht hat die Klage des Magistrats teilweise abgewiesen mit einer ausführlichen Begründung, daß man unter den veränderten Verhältnissen der Unternehmung nicht zumuten könne, in ein wenig ausdilatierendes Unternehmen usw. weitere sehr schwer zu beschaffende Geldmittel zu investieren. Die Verkehrsdeputation hat beschlossen, mit Rücksicht auf den klaren Wortlaut des Vertrages und der Wichtigkeit dieser Schnellbahn gegen das abweisende Urteil des Kammergerichts Revision beim Reichsgericht zu beantragen. Der Magistrat soll ersucht werden, auch dieses letzte Mittel zu versuchen, um die Gesellschaft zur Erfüllung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen zu veranlassen.

Knopfländerung eines Geistes. Nüßnerischen Vandalen in die Hände gefallen ist ein 78 Jahre alter aus Genthofen gebürtiger Schneidermeister, Wilhelm Brat, der auf der Heimreise von London nach Berlin kam. Unterwegs gefaselt sich zu dem Grefse zwei Männer, die sich für Vandalen und Glaubensgenossen ausgaben und ihm bereitwillig ihre Dille anboten, in Berlin ein Unterkommen zu finden. Brat vertraute sich ihnen denn auch für die Führung durch die Stadt gern an. Die beiden geleiteten ihn durch mehrere Straßen und endlich in ein Haus hinein. Hier fielen sie auf dem Flur über ihn her und stürzten ihn aus. Der wehrlose alte Mann hätte seine Barock aus 60 englischen Pfunden und 5000 Mark in deutschem Gelde und einen Ring ein, der allein 30 englische Pfund wert ist. Die Räuber entkamen und werden jetzt von der Kriminalpolizei gesucht. Beide sprachen Englisch, Deutsch und Hebräisch. Der eine ist etwa 42 bis 44 Jahre alt und 1,68 Meter groß, hat ein rotes, frisches Gesicht mit eingedrückter Nase, breite Hände und Füße und trägt einen blauen, gewendeten Jackettanzug. Der andere ist etwa 35 bis 36 Jahre alt, etwas kleiner, hat dunkelblondes Haar, einen kleinen Bart, eine hohe Stirn und vollstündige Zähne.

Ein Straßenbahnzusammenstoß ereignete sich heute vor-mittag zwischen einem Wagen der Linie 47 und einem Anhänger der Linie 46 vor dem Hause Schönhauser Allee 88. Der Unfall entstand infolge Verstoßens der Bremse des Anhängers. Sieben Personen, die leicht verletzt wurden, mußten sich in der Rettungshilfe Vorbringer Straße verbinden lassen. Der Sachschaden ist unerheblich.

Von den eigenen Zähnen bestohlen. Eine überraschende Aufführung haben Diebstähle gefunden, die der Post zur Last gelegt wurden. Eine Witwe Schilberger vom Grünen Weg stellte wiederholt bei der Oberpostdirektion Einsprüche, weil an sie gerichtete Pakete bei der Deffnung nicht die Waren enthielten, die sich darin befinden sollten, sondern lediglich Zeitungspapier. Die Nachforschungen der Postverwaltung nach dem Verbleib der Ware blieben erfolglos. Unter den Angehörigen der Post befand sich der Dieb nicht. Die Kriminalpolizei ermittelte, eine nun der Sache weiter nach und ermittelte, daß die beiden Söhne Georg und Werner der Empfängerin die Pakete angenommen, heimlich geöffnet und geleert und dann wieder mit Zeitungspapier gefüllt und von neuem verschlossen hatten. Beide sind gehängt.

Von einem falschen Diener bestohlen wurde ein amerikanischer Posthalter am Variier Platz 6. Er hatte einen Mann angenommen, der sich für einen 19 Jahre alten Kellner Gerhard Streibelt ausgab, nach kurzer Zeit aber verschwand und verschiedene Wert- und Schmuckgegenstände, einen Chronometer aus 114 Emalle, dessen Reiter mit Brillenlinsen besetzt sind, zwei silberne Becher, eine Medaille, zwei silberne Gardinehalter, zwei silberne Armabänder und zwei Silberbecher. Mitteilungen über den Verbleib nimmt Kriminalkommissar Geraat im Zimmer 103 des Berliner Postzeipräsidenten entgegen.

Hermann Tietz

Leipziger Str. Alexanderplatz Frankfurter Allee

Waschstoffe

Sportflanell für Blusen und Oberhemden Meter **45⁰⁰**

Waschkrepon in verschiedenen Farben Meter **48⁵⁰**

Weiss Voll-Voile doppeltbreit, Meter **135⁰⁰**

Frotté weissbunt, 120 cm breit, Meter **140⁰⁰**

Voll-Voile bunt bedruckt, doppeltbreit, Meter **145⁰⁰**

Weiss Schleierstoff weiss gestickt, ca 115 cm br., Mr. **165⁰⁰**

Leipziger Str. Alexanderplatz Frankfurter Allee

Wäschestoffe

Hemdentuch ca. 80 cm, Meter **31⁵⁰**

Renforcé für Leibwäsche, ca. 80 cm, Meter **39⁵⁰**

Linon für Bettwäsche, ca. 80 cm breit, Meter **35⁰⁰**

Linon gute Qualität, ca. 80 cm breit, Meter **45⁰⁰**

Linon für Bettwäsche, ca. 130 cm breit, Meter **69⁰⁰**

Mako für Leibwäsche, 80 cm breit, Meter **83⁰⁰**

Daulas für Bettdecken, ca. 150 cm breit, Meter **95⁰⁰**

Korbessel verschiedene Formen **365⁰⁰**

Kinder-Klappwagen auf Gummi, Nickelschieber, geschloss. Wadstuch ausgedrungen **1195⁰⁰**

Wulstessel hell und dunkel **425⁰⁰**

